Morgenausgabe

Nr. 351 / A 173 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsweise und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 28. Juli 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66

Otto Braun klagt an.

Offener Brief an Papen.

Vernichtende Anklagen gegen das neue System.

Herr Reichskanzler!

Da ich auf mein Schreiben vom 22. dieses Monats ohne Antwort geblieben bin, woraus ich wohl entnehmen muß, daß Sie mir nicht Gelegenheit geben wollen, Ihnen im Rundfunk zu erwidern, sehe ich mich genötigt, Ihnen auf Ihre Rundfunkrede öffentlich durch die Presse zu antworten:

Die Gründe Ihres in der Verfassungsgeschichte konstitutionell regierter Bundesstaaten ohne Beispiel dastehenden Vorgehens haben Sie gemäß brieflicher Mitteilung an mich in Ihrer Rundfunkrede am 20. Juli dargelegt. In dieser Rede erheben Sie gegen die preußische Staatsregierung schwerwiegende Beschuldigungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ich bin der Ansicht, daß ein leitender Staatsmann, noch dazu in dieser Situation, nicht verdächtigen durfte, sondern sachlich begründen mußte. Keine Ihrer Behauptungen ist in einer Form vorgebracht, die eine sachliche Nachprüfung möglich macht.

Es ist Ihnen daher auch nicht gelungen, nachzuweisen, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen die preußische Staatsregierung gegeben waren. Denn diese Voraussetzungen — Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, deren die Staatsregierung aus eigener Kraft nicht hätte Herr werden können oder wollen, oder ein anderer gefahrbringender Notstand — waren einfach nicht vorhanden und können auch mit Gewalt nicht konstruiert werden.

Es ist unrichtig, daß, wie Sie sagten, „die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der Kommunistischen Partei zu treffen". Die preußische Staatsregierung, die noch wenige Tage vor den Landtagswahlen polizeiliche Haussuchungen bei der Kommunistischen Partei hatte vornehmen lassen, weil der Verdacht gesetzwidriger Handlungen vorlag, ist jeder staatsfeindlichen gegen die Gesetze verstoßenden Betätigung der links- und rechtsradikalen Parteien mit gleichen Mitteln auf das schärfste entgegengetreten. Mehr als ein deutscher Reichskanzler hat im Verlaufe meiner zwölfjährigen Ministerpräsidentschaft der Staatsregierung und mir den Dank dafür ausgesprochen, daß die ruhige und stetige Arbeit der preußischen Staatsregierung und ihr musterhaft funktionierender Polizeiapparat in schweren deutschen Krisenzeiten dem Reiche eine wertvolle Stütze gewesen sei.

Diesen geschichtlichen Verdiensten der preußischen Regierung gegenüber können die ohne den Versuch eines Beweisantritts, ohne Angabe von Namen und Zeit wiedergegebenen Gerüchte von der angeblich kommunistenfreundlichen Einstellung „hoher Funktionäre" oder „eines Polizeipräsidenten" nicht das mindeste bedeuten.

Es ist ja auch überaus charakteristisch, daß von Ihnen, Herr Reichskanzler, vorher erst gar nicht der Versuch unternommen worden ist, gemäß Artikel 15 der RV. die preußische Regierung davon mit dem Ersuchen aus Abstellung dieser angeblichen personalpolitischen Mängel zu benachrichtigen. Ich wünschte nur im Interesse unseres deutschen Volkes, daß die unter Ihrer Leitung, Herr Reichskanzler, stehende Reichsregierung ebenso unabhängig von der Nationalsozialistischen Partei wäre, wie die verfassungsmäßige preußische Regierung von der Kommunistischen Partei!

Wie die preußische Staatsregierung seit Jahr und Tag von den Kommunisten berannt und bekämpft wird, mußten gerade Sie, Herr Reichskanzler, aus der Zeit Ihrer Abgeordnetentätigkeit im Preußischen Landtag aus eigener Anschauung wissen. Auch kann Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, daß im neugewählten Landtag die Kommunisten mit den Nationalsozialisten ebenso wie im alten Landtag, trotz gelegentlicher Prügeleien meist in geschlossener Einheitsfront gegen die preußische Regierung stehen. Der Jubel, mit dem nach glaubwürdigen Zeitungsberichten kommunistische Versammlungen die Kunde von der Amtsentsetzung meines Kollegen Severing und meiner Person aufgenommen haben, hätte auch Sie stutzig machen müssen.

Ihren Behauptungen, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen zur ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewachsen wären, und daß nur dort der Wahlkampf so blutig geworden sei, stelle ich neben der Tatsache, daß blutige Zusammenstöße auch außerhalb Preußens vorkommen, die jedem Unvoreingenommenen einleuchtende andere Tatsache entgegen, daß bei der starken Industrialisierung Preußens und bei der den anderen Ländern gegenüber häufigeren Zusammenballung der Bevölkerung in den Großstädten und Industriezentren mit ihrer besonders hohen Arbeitslosenziffer naturgemäß die größten Unruheherde auch in Preußen liegen.

Die ohnehin in diesen Zentren vorhandene Schärfe der politischen Gegensätze ist aber auf das bedauerlichste und unerträglichste dadurch gesteigert worden, daß entgegen den dringenden Warnungen fast aller Länderregierungen, die in den Erfahrungen ihrer langjährigen Polizeipraxis begründet waren, von der Reichsregierung das Uniformverbot für die sich nicht nur in Preußen durch ihr gewalttätiges Vorgehen auszeichnenden SA.-Formationen der Nationalsozialistischen Partei aufgehoben und damit der Kampf auf den Straßen aufs neue entfesselt wurde.

Das Verlangen, die preußische Staatsregierung habe grund-

Zugunglück Gesundbrunnen

Zwei Tote, fünfzig Verletzte.

Am Bahnhof Gesundbrunnen ereignete sich gestern um 19 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Ein aus Stralsund kommender Personenzug wurde von einer Leerlokomotive, die ein Haltsignal überfahren hatte, gerammt. Fünf Wagen stürzten um und bildeten ein unentwirrbares Durcheinander, aus dem die Hilferufe der Verletzten ertönten. Rettungsamt und ein Sanitätszug waren sofort zur Stelle. Es wurden zwei tote Frauen und fünfzig, teils schwer, teils leicht Verletzte aus den Trümmern geborgen. Eine der Toten ist eine Frau Linkhart, Schliemannstraße 39. Die Persönlichkeit der zweiten Frau konnte noch nicht festgestellt werden.

(Näheres siehe 1. Beilage.)

Nun holt zum letzten Schlage aus!

Wähler und Wählerinnen!

Am Sonntag schmiedet das deutsche Volk sein künftiges Geschick.

Ein Wahlkampf unerhört, wie ihn die deutsche Geschichte noch nie erlebt, liegt dann hinter uns.

Millionen Männer und Frauen standen als begeisterte Streiter in der Eisernen Front.

Die drei Pfeile waren das Symbol unseres Kampfes: Aktivität, Disziplin, Einigkeit.

Es geht um die Freiheit!

Hunderte unserer Mitkämpfer haben ihre Treue im Kampfe für die Freiheit mit ihrem Blute bezahlt.

Kein Terror, keine Drohung, keine Lockung vermochte sie irre zu machen.

Nun steht ihr am Sonntag am Amboß der Zeit; im Zeichen der Eisernen Front unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Sie kämpft für politische Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und geistige Erneuerung.

Sie kämpft für Abwehr eines Schreckensregiments, das politische Abenteurer mit dem Golde ihrer Gönner aufrichten wollen.

Sie kämpft für die Wohlfahrt der Millionen Hilfsbedürftiger und Bedrängter, für die Opfer der Krise und der Arbeit, für die Kriegsbeschädigten, für alle Alten, Schwachen und Armen.

Der Staat darf nicht zu einer Wohlfahrtsanstalt der Großkapitalisten, der Bankfürsten und der ostelbischen Großgrundbesitzer werden.

Heraus zur Entscheidung! Der Stimmzettel ist jetzt der Hammer in eurer Hand. Gebraucht ihn!

Rüttelt die Gleichgültigen, die Irregeführten, die Verzagten auf! Reißt sie mit eurer Begeisterung fort! Formiert die Einheitsfront des kämpfenden Volkes im Zeichen der Eisernen Front: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Schlagt die Reaktion! Die Banner hoch! Vorwärts und durch! Freiheit!

Berlin, den 27. Juli 1932

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front

Morgen Appell in Neukölln!

Große Kundgebung der Eisernen Front im Stadion Leinestraße • Robert Breuer und Siegmund Crummenerl werden sprechen

sätzlich und von vornherein die Anhänger der Kommunistischen Partei anders als die der Nationalsozialistischen Partei zu behandeln, widerspricht der Reichsverfassung, die nur Staatsbürger einerlei Rechts kennt, die aber eine Regierung allerdings verpflichtet, gegen jede Person, die die Gesetze verletzt, gleichviel zu welcher Partei sie sich bekennt, mit allen Machtmitteln einzuschreiten. Daß durch ein solches Vorgehen des Staates die Nationalsozialisten bei bewaffneten und gewalttätigen Störungen der Ruhe und Ordnung ebenso in die Schranken des Gesetzes zurückgewiesen werden müssen wie die Kommunisten, sollte für jeden verantwortungsbewußten Staatsmann selbstverständlich sein. Das um so mehr, als nicht, wie Sie, Herr Reichskanzler, in der Rundfunkrede sagten, allein die Kommunisten „Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen haben".

Die von rechtsradikaler Seite verübten Mordtaten an den deutschen Reichsministern Erzberger und Rathenau, die verabscheuungswürdigen Fememorde und ungezählte andere politische Bluttaten sind in der Erinnerung des deutschen Volkes selbst in unserer schnellebigen Zeit denn doch noch zu frisch, um eine solche Behauptung als begründet erscheinen zu lassen. Die unaufhörlichen Drohungen mit „Köpferollen" und allen anderen möglichen Todesarten für politische Gegner, die seit Jahren ungestraft von prominenten nationalsozialistischen Führern, die die Reichsregierung für verhandlungsfähige Partner hält, in voller Oeffentlichkeit ausgestoßen worden sind und werden, haben mindestens in demselben Maße wie verabscheuenswerte kommunistische Roheitsakte und Bluttaten das politische Leben Gesamtdeutschlands vergiftet.

Wie ist es sonst zu erklären, Herr Reichskanzler und Reichskommissar, daß auch jetzt unter der Herrschaft des Reichskommissariats täglich und nächtlich nationalsozialistische Ueberfälle auf Leben und Eigentum Andersdenkender zum Teil mit bewaffneter Hand verübt werden?

Ich stelle ferner fest, daß es unrichtig ist, wenn Sie, Herr Reichskanzler, am Schluß Ihrer Rundfunkrede erklärten, daß die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung nicht angetastet werde. Das Recht auf Bestellung der verfassungsmäßigen Landesregierung durch die Wahl des Ministerpräsidenten steht ausdrücklich und ausschließlich dem Preußischen Landtag zu. Dieses Recht des preußischen Staatsvolkes, durch seine gewählten Vertreter seine freistaatliche Regierung zu bestimmen, kann, solange die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußen respektiert wird, nicht außer Kraft gesetzt werden. Sie, Herr Reichskanzler, haben diesen Eingriff in den bundesstaatlichen, durch die Reichsverfassung gewährleisteten Charakter des Reiches unternommen. Auf Ihnen, als dem einzigen staatsrechtlich Verantwortlichen, liegt daher die ganze Wucht dieser Verantwortung.

Ich fasse zusammen: Die von Ihnen in Ihrer Rundfunkrede zusammengetragenen Argumente sind nicht ausreichend, um Maßnahmen zu erklären oder zu begründen, die nur als widerrechtliche Eingriffe in die Regierung und Verwaltung eines deutschen Landes bezeichnet werden können, das stets die Reichsgesetze musterhaft ausgeführt, die öffentliche Ruhe und Ordnung in schwersten Zeiten gewahrt und durch seine Unterstützung der Politik der Reichsregierung sehr stark dazu beigetragen hat, diejenigen außenpolitischen Fortschritte zu erkämpfen, die wir in den letzten Jahren in mühsamer und hartnäckiger Arbeit zu verzeichnen hatten. Eine Erklärung für Ihr Vorgehen kann ich deshalb nur in rein politischen Gründen erblicken, die durch die Verfassung nicht gedeckt werden.

Durch die von der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen ist vielmehr nach jedem unbeeinflußten Rechtsempfinden die Verfassung des Deutschen Reiches wie des Freistaates Preußen verletzt worden. Die Einheit des Reiches, das wertvollste Gut des deutschen Volkes, das wir uns 1918 durch die Begründung des demokratischen Volksstaates nach dem Zusammenbruch des Dynastienstaates erhalten konnten, ist durch diese unberechtigten Eingriffe auf das äußerste gefährdet. Nur die vorbildliche Disziplin und Besonnenheit der republikanischen Parteien hat uns bei diesem, von schweren Eingriffen in die staatsbürgerliche Freiheit begleiteten, nach meiner Auffassung verfassungswidrigen Vorgehen vor Blutvergießen und Bürgerkrieg bewahrt. Ihre staatsrechtliche Verantwortung als gegenzeichnender Reichskanzler wie Ihre historische und politische Verantwortung für das Geschehene und für das, was aus dem verübten Unrecht noch weiter Nachteiliges und Gefahrdrohendes für das deutsche Volk entstehen kann, vor unserem Volk und vor der Welt festzustellen, ist meine Pflicht als von der Volksvertretung gewählter, verfassungsmäßiger, von Ihnen widerrechtlich an der Ausübung seines Amtes verhinderter Chef der preußischen Staatsregierung.

Soviel an Sie, Herr Reichskanzler! An meine Parteigenossen und an alle Republikaner aber richte ich die dringende Bitte, trotz unserer sich gegen das uns angetane Unrecht aufbäumenden Empörung weiter ruhiges Blut zu bewahren. Nachdrücklicher als alle Rechtsverwahrungen und Einsprüche, vor allem aber als jede Auflehnung gegen die augenblicklich herrschende Gewalt wird der ruhige und überlegte Protest wirken, mit dem wir am 31. Juli unsere Treue zur Verfassung und zum freien Volksstaat bekunden und jedem weiteren gefährlichen Experiment den Boden entziehen.

Der Ausgang der Wahl muß der Reichsregierung beweisen, daß auch ein sich auf Argumente der Macht stützendes Vorgehen unblutig an dem moralischen Widerstand eines Volkes scheitern kann, das nicht gewillt ist, auf seine junge Freiheit zu verzichten und das sich durch niemanden, wer es auch sei, in politische Unfreiheit und Rechtlosigkeit zurückwerfen lassen wird!

Otto Braun, Preußischer Ministerpräsident

Wahlmanöver von rechts.

Die Ausgaben der preußischen Regierung.

Die Rechtspresse hat am Mittwoch begonnen, ihre letzten Wahlbomben platzen zu lassen. Sie bringt „Enthüllungen" über angebliche Aufwendungen der preußischen Regierung zu Wahlzwecken. Der „Angriff" fordert zur Wahl der Liste 2 auf mit der Behauptung, die preußische Regierung habe Steuern „erpreßt", um das Geld „zu parteipolitischen Zwecken scheffelweise hinauszuwerfen". Beschuldigungen viel weniger massiver Art, von einem Linksblatt erhoben und gegen die Reichsregierung gerichtet, würden zweifellos ein Verbot des Blattes zur Folge haben. — In diesem Falle jedoch wird amtlich gemeldet, daß ein Ministerialdirektor von dem Staatsministerium und ein Ministerialrat aus dem preußischen Innenministerium „mit der Feststellung des Tatbestandes" beauftragt wird. Bis zur Erledigung dieses Auftrags wird die Rechtspresse weiter versichern, daß der Kaviar, der bekanntlich das einzige Nahrungsmittel der „roten Bonzen" bildet, aus Steuergeldern bezahlt worden ist.

•

Genosse Crispien hat in einer Rede auf die Unterstützung hingewiesen, die die deutsche Sozialdemokratie bei der gesamten Internationale findet. Daraus macht die Rechtspresse, die Wahlagitation der Sozialdemokratie werde von Franzosen und Polen bezahlt!

Wenn das schon am Mittwoch vor dem Wahltag so zugeht, so reicht die kühnste Phantasie nicht mehr, sich vorzustellen, was gar erst am Sonnabend „enthüllt" werden wird!

Gayl droht mit Gewalt.

Entwürdigender Zwischenfall im Reichsrat.

In einer Ausschußsitzung des Reichsrats spielte sich am Mittwochnachmittag ein beschämender Vorfall ab. Er steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion der Papen-Regierung gegen die preußische Staatsregierung und zeigt, daß die gewaltsam ihres Amtes enthobenen preußischen Minister nicht gewillt sind, sich mit der Papen-Aktion auch nur einen Augenblick abzufinden.

In der Ausschußsitzung des Reichsrats war für die nach wie vor allein zur Vertretung Preußens berechtigte preußische Staatsregierung der stellvertretende preußische Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer erschienen. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl erklärte deshalb, daß er in Gegenwart Hirtsiefers die Verhandlungen nicht eröffnen werde.

Als Minister Hirtsiefer unbekümmert darum im Saal verblieb, drohte Reichsinnenminister von Gayl, ihn mit Gewalt aus dem Saal entfernen zu lassen.

Minister Hirtsiefer legte namens der preußischen Staatsregierung schärfste Verwahrung gegen diesen neuen Gewaltakt der Reichsregierung ein. Er verließ dann die Sitzung, um dem Reichsrat das entwürdigende Schauspiel eines solchen Rechtsbruches zu ersparen.

Am Mittwochvormittag war bereits in einer Geschäftsordnungsdebatte im Reichsrats-Ausschuß für die Invalidenversicherung

eine formelle Rechtsverwahrung von den meisten Ländern

gegen die Ausschußverhandlungen eingelegt worden, weil die preußischen Stimmen durch die Reichsregierung instruiert werden. In der Ausschuß-Sitzung am Nachmittag, in der die Richtlinien der Reichsregierung für den Rundfunk beraten werden sollten, wiederholten zunächst Bayern und später auch die Vertreter anderer Länder diese Rechtsverwahrung. Sie beteiligten sich jedoch an der sachlichen Beratung der Rundfunk-Richtlinie. Aber fast alle Länder protestierten gegen die von der Reichsregierung beantragte Zentralisierung und einseitige Politisierung des Rundfunks im Sinne der Nazi-Barone.

Vor den Verhandlungen im Reichsrat ließ die Regierung der Nazi-Barone den Mitgliedern der Regierung Braun mitteilen, daß sie ihrer Funktionen als Bevollmächtigte Preußens zum Reichsrat enthoben seien.

An Stelle des Ministerpräsidenten Braun und der Staatsminister hat die Papen-Regierung die zu kommissarischen Ministern ernannten Staatssekretäre als Bevollmächtigte zum Reichsrat bestellt. Die Mitglieder des Kabinetts Braun haben die ihnen zugegangene Mitteilung mit einer Rechtsverwahrung beantwortet.

Von dem neuesten Gewaltakt der Papen-Regierung wird die verfassungsmäßige Funktion des Reichsrats erheblich betroffen.

Der Reichsrat soll nach der Verfassung ein selbständiger Faktor der Gesetzgebung sein.

Nach Artikel 69 bedarf die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrates. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats wahrzunehmen. Der Reichsrat hat ferner ein Einspruchsrecht gegen Gesetze, die vom Reichstag beschlossen worden sind. Jedes Land hat im Reichsrat mindestens eine Stimme, bei den größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß von 350 000 Einwohnern 700 000 gleichgerechnet wird. Um eine Majorisierung der anderen Länder durch Preußen zu verhindern, ist in der Verfassung aufgenommen worden, daß kein Land durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein darf.

Diese verfassungsmäßigen Bestimmungen sind von Herrn von Papen selbstherrlich außer Kraft gesetzt worden, indem er die preußischen Stimmen als Reichskommissar instruiert und damit als Reichskanzler entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung zugleich einen Teil der Funktionen des Reichsrats übernommen hat.

Bei den Opfern des Belagerungszustandes.

Eine Unterredung mit Polizeimajor Encke und Reichsbannerkamerad Carlbergh.

Am 22. Juli 1932, am dritten Tage des über Berlin und Brandenburg verhängten Belagerungszustandes, sind der Polizeikommandeur von Berlin, Heimannsberg, der Polizeimajor Encke und der Charlottenburger Reichsbannerführer Carlbergh aus dem Bett heraus verhaftet worden. Heimannsberg und Carlbergh wurden am Abend desselben Tages, weil alle Beschuldigungen gegen sie zusammengebrochen waren, wieder freigelassen. Polizeimajor Encke kam erst nach der Aufhebung des Belagerungszustandes wieder in Freiheit.

Es ist bekannt, daß die Verhaftungen von Heimannsberg, Encke und Carlbergh auf die Denunziation eines Polizeiwachtmeisters Schuhmacher hin erfolgt sind. Am 23. Juli abends verkündete der Militärbefehlshaber: „Die Ermittlungen gegen den Polizeimajor Encke geben Anlaß zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung."

Einer unserer Mitarbeiter hatte gestern Gelegenheit, mit Major Encke und Kamerad Carlbergh zusammen zu sein. Er fragte Major Encke: „Wie denken Sie über das gegen Sie eingeleitete Strafverfahren?" Polizeimajor Encke antwortete:

„Bei diesem Strafverfahren, dessen baldige Durchführung ich dringend wünsche, kämpfe ich um den Begriff des Rechts schlechtweg.

Mein Kampf bedarf keiner Stützung durch politische Parteien, er geht um die Begriffe von Recht und Anständigkeit. In diesem Kampfe obzusiegen, bin ich fest überzeugt, und erst wenn dieser Kampf um Recht und Anständigkeit erfolgreich bestanden ist, wird es Zeit sein, die politische Seite der Frage zu beleuchten."

Auf die Frage, wie es denn möglich gewesen sei, daß ein Polizeioffizier auf die bloße Denunziation eines einzelnen unteren Beamten hin verhaftet werden konnte, meinte Major Encke: „Unter der Diktatur der Wehrmacht sind Gründe für eine Schutzhaft sehr leicht zu finden. Es wird für mich eine um so größere Genugtuung sein, zu erweisen, daß ein stichhaltiger Grund für meine Inhaftnahme nicht vorlag. Major Encke schnitt alle weiteren Fragen mit der Bemerkung ab:

„Ich habe noch nie eine so gute Sache geführt, wie ich sie diesmal führe."

Kamerad Carlbergh vom Reichsbanner Charlottenburg, wie Major Encke alter Kriegsteilnehmer, durch den Weltkrieg eines Armes beraubt, fand starke Worte der Empörung über die Art, in der er in Haft genommen wurde. Er berichtete:

„Um 4 Uhr früh wurde an unserer Tür geklingelt. Meine Frau ging an die Tür und schloß auf. Von draußen wurde gerufen: „Kriminalpolizei!", und als die Tür aufgestoßen wurde, war die Sicherheitskette noch nicht gelöst. „Aufmachen, aufmachen!" ertönte es, und es bedurfte, da einer der mit der Exekution Beauftragten seine Hand hineingeklemmt hatte, längerer Zurede, um überhaupt die Sicherheitskette lösen zu können. Dann kamen die Reichswehrleute und der Kriminalbeamte unter Führung eines Reichswehrleutnants zu uns herein."

Carlbergh erzählte weiter, wie man ihm im Kommandoton zurief:

„Sie haben zwei Minuten Zeit zum Anziehen!"

Carlbergh sagte ruhig dem Reichswehrleutnant, daß er einarmig sei und deshalb unter allen Umständen mehr Zeit zum Anziehen beanspruche. Die Antwort war: „Dann gebe ich Ihnen fünf Minuten Zeit!" Carlbergh zog sich an, plötzlich aber rief ein Reichswehrsoldat: „Vom Balkon aus werden Lichtsignale gegeben." Was war geschehen? Auf dem Balkon der Wohnung des Kameraden Carlbergh hängt eine Lampe. Abends wird die Birne herausgeschraubt, weil sie bei stärkerem Luftzug manchmal wieder anging. Auch an diesem Morgen war Wind und das Lampengestell schaukelte hin und her. Das hatte der Reichswehrmann im Schatten der Gardine gesehen, und nun war die Aufregung groß. Es bedurfte peinlicher Aufklärung, der Reichswehrleutnant machte ein recht betretenes Gesicht, als er endlich die Aufklärung begriff. Aber die Folge war, daß Kamerad Carlbergh ohne einen Pfennig Geld und ohne Uhr den Beamten folgen mußte. Die Zeit, den Schwerverbrecher zu verhaften, der nachher, etwa 12 Stunden darauf, weil nach der amtlichen Mitteilung des Militärbefehlshabers „der gegen Herrn Carlbergh bestehende Verdacht sich nicht ausreichend bestätigt hat", wieder entlassen wurde, reichte für die Mitnahme von Geld und Uhr nicht mehr aus.

Major Encke und Kamerad Carlbergh berichten beide, daß sie nachher in der Haft durch die Reichswehr mit großem Zuvorkommen behandelt worden seien. Beide aber leiden unter dem gleichen kränkenden Gefühl, daß sie auf eine niederträchtige Denunziation hin ihrer Freiheit beraubt wurden. Major Encke ist übrigens nicht, wie gestern mitgeteilt wurde, vom Dienst suspendiert worden. Er wurde beurlaubt.

Auch das läßt Schlüsse für oder gegen die Stichhaltigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu!

Sechs Tage Militärdiktatur! Personen wie Schuhmacher und Korodi können anständige makelfreie Menschen wie Heimannsberg, Encke, Carlbergh und Breuer in peinliche Haft bringen.

Die Abrechnung wird am 31. Juli folgen!

Denunziant Korodi stellt Strafantrag.

Der Denunziant Korodi, den wir im Zusammenhang mit der Verleumdung und Verhaftung unseres Genossen Robert Breuer mehrfach abgestraft haben, hat jetzt gegen den Genossen Viktor Schiff als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" Strafantrag gestellt.

Haubach amtsenthoben.

Neuer Pressechef im Polizeipräsidium.

Der Leiter der Pressestelle im Berliner Polizeipräsidium, Genosse Haubach, ist heute vom Polizeipräsidenten Melcher von seinen Dienstgeschäften entbunden worden. An seine Stelle tritt bis auf weiteres Regierungsrat Dr. Bloch. Der noch auf einige Jahre lautende Dienstvertrag Dr. Haubachs wird durch seine Entlassung nicht berührt.

Jetzt die Landräte.

Zehn neue Posten für die Reaktion.

Das neue System in Preußen hat beschlossen, bei zehn Landratsstellen eine Neubesetzung vorzunehmen. Die amtliche Mitteilung hierüber erfolgt am Donnerstag mittag.

Ein Toter in Köln.

Wie die „Kölnische Zeitung" meldet, kam es in vergangener Nacht am Ortsausgang von Obermiehl zu schweren Auseinandersetzungen zwischen fünf Mitgliedern der Eisernen Front, die Wahldrucksachen verteilten, und mehreren Nationalsozialisten.

Dabei wurde ein Nationalsozialist erstochen und ein zweiter so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Fünf Leute der Eisernen Front und ein Nationalsozialist wurden verhaftet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Die Angst der Schuldigen.

Briefwechsel Hugenberg-Papen / Auch Kerrl schreibt

Je näher der 31. Juli rückt, desto größer wird die Angst der Schuldbewußten, desto toller werden ihre Sprünge. In der Provinz veranstalten die Nazis „Protestversammlungen" gegen die Hitler-Notverordnung. In Stuttgart haben sie eine neue einstweilige Verfügung erwirkt, die der „Tagwacht" verbietet, von einer Hitler-Notverordnung und von nationalsozialistischen Rentenkürzungen zu schreiben. In Berlin aber verkündet der „Lokal-Anzeiger: in allergrößten Buchstaben: „Papen sagt Hugenberg Abänderung der Steuer-Notverordnungen zu." Seht, so sorgen die treudeutschen Deutschnationalen für da deutsche Volk! Kaum aber merken die Nazis das, so muß sich ihr Kerrl auch hinsetzen und auch einen Brief an Papen schreiben. Darin fordert er unter Segenssprüchen für die Gewalthandlung vom 20. Juli die Aufhebung jener preußischen Notverordnung, deren Erlaß durch das Verhalten der Reichsregierung erzwungen worden ist!

Der Briefwechsel Hugenberg—Papen hat offenbar den Zweck, die Wahlaussichten der Deutschnationalen zu verbessern, daher auch die Hast der nationalsozialistischen Konkurrenz. Aber auch darüber hinaus ist diese Korrespondenz außerordentlich aufschlußreich, zumal sie für die enge Verbundenheit der Rechtsparteien mit der Reichsregierung ein eindeutiges Zeugnis ablegt. Hugenberg erklärt, seine Partei habe nicht den Wunsch, dem Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten. Papen begrüßt es in seiner Antwort, daß seine Arbeit bei den Hugenbergern Verständnis finde, dann fährt er fort:

Es ist mir völlig klar, daß die ersten Maßnahmen des Reichskabinetts zur Sicherung der öffentlichen Haushalte und zur Erhaltung der Sozialversicherung eine schwere Belastung für das Reichskabinett in der öffentlichen Meinung Deutschlands darstellen mußten.

Bei der Lage, die das Reichskabinett nach Uebernahme der Regierung vorfand, war aber zunächst kein anderer Entschluß möglich als der, die notwendigen Aufräumungsarbeiten ohne Zeitverlust und rücksichtslos durchzuführen.

Erst nachdem die Reichsregierung in der auswärtigen wie in der inneren Politik, in finanzieller wie in wirtschaftlicher Hinsicht, durch ihre bisherigen Handlungen die Auseinandersetzung mit dem Erbe der vorangegangenen Regierungen zu einem gewissen Abschluß gebracht hat, kann die Aufbauarbeit beginnen.

Sie wird darin bestehen müssen, aus dem bisherigen, mehr oder weniger unorganisch und unzusammenhängend entstandenen Notverordnungswerk eine nach einem einheitlichen Finanz- und Wirtschaftsplan geregelte Neuordnung zu schaffen, durch die auch manche durch die vorangegangenen Notverordnungen herbeigeführten Härten zu beseitigen sein werden.

Hand in Hand damit wird eine tief einschneidende Verwaltungs- und Finanzreform gehen müssen, durch die sich die Kosten des Verwaltungsapparates der öffentlichen Hand auf das Maß verringern, das der Verarmung Deutschlands entspricht. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Reformprogramm der Regierung auch die Regelung der in- und ausländischen Schulden eine wichtige Rolle spielen wird.

Die Reichsregierung ist mit der Bearbeitung aller dieser Fragen seit geraumer Zeit beschäftigt und wird in den kommenden Wochen ihre grundsätzlichen Maßnahmen zur Durchführung bringen.

Von einer Milderung des Sozialabbaus, den die gewaltsam vertriebene preußische Regierung zu bekämpfen versuchte, ist in dem Briefwechsel nirgends die Rede; der Verdacht, daß die dunkel angekündigten Aenderungen dem Volke nur neue Lasten bringen werden, ist mehr als begründet. Es ist also keineswegs so, daß die angekündigten Taten der Regierung besser sein müßten als die schon vollbrachten, für die sie vergeblich die Verantwortung auf ihre Vorgänger abzuschieben versucht.

Noch dunkler als die steuer- und sozialpolitischen Ankündigungen sind die wirtschaftlichen. Fast scheint es, als ob der Kampf gegen den Sozialismus mit einer großzügigen Expropriation der Gläubiger nach Hugenbergschen Plänen und bolschewistischen Vorbildern begonnen werden sollte . . .

Am allerdunkelsten aber bleibt, mit welcher künftigen Reichstagsmehrheit so weitreichende Pläne verwirklicht werden sollen. Diese Regierung hat nach dem 31. Juli nicht einmal mehr die Möglichkeit, in verfassungsmäßiger Weise ihr Leben zu fristen! Sie ist schwerhörig. Das Volk wird am 31. Juli sehr laut rufen müssen, wenn sie verstehen soll, daß sie nichts anderes mehr zu tun hat, als zu verschwinden!

23 Jugendliche verletzt.

SA.-Ueberfälle bei Hannover.

Hannover, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Eine Reihe sozialistischer und republikanischer Jugendorganisationen Hannovers veranstaltete am Sonntag eine Erwerbslosenwanderung in die Heide. In den Dörfern sollten Exemplare des „Volkswille" und anderes Propagandamaterial verteilt werden. Die Teilnehmer der Wanderung wurden jedoch wiederholt von SA.-Leuten überfallen. 23 Jugendliche wurden verletzt, darunter fünf ziemlich erheblich.

Als einige der Trupps auf einer Chaussee vor Mandelsloh durch nachkommende Motorradfahrer verpflegt werden sollten, wurden sie von der aus den umliegenden Dörfern zusammengezogenen SA. überfallen und in Gegenwart eines Landjägers erheblich verletzt. Immer wieder wurde der Zug von SA. verfolgt, ohne daß der Landjäger von Mandelsloh eingeschritten wäre. Durch Motorradstaffeln und Privatwagen hatten die Nazis die SA. des ganzen Kreises alarmiert; sie setzten sich in allen Dörfern fest und verübten Ueberfälle, sobald ein Gegner sichtbar wurde. Die Propagandakolonnen mußten schließlich durch die Heide flüchten, bis Landjäger aus Mellendorf und Bissendorf eintrafen und sie vor der SA. schützten. In Hellsdorf war die Uebermacht der Nazis so stark, daß dort ein Trupp unter Zurücklassung der Fahrräder fliehen mußte. Insgesamt fielen den Rowdys 18 Fahrräder und ein Motorrad mit Beiwagen in die Hände. Das Material konnte jedoch später durch die Polizei sichergestellt werden.

Unter Brüdern

„Stahlhelm verrecke!"
„Nicht wahr, das meinen die Herren doch gar nicht böse?"

Generalalarm der braunen Banden

Mobilmachung für die Wahlnacht.

Der Reichswehrminister, General v. Schleicher, hat am Dienstag in seiner Rundfunkrede erklärt:

„Ich bin der Meinung, daß das Vorhandensein einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht allein schon genügen muß, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren . . . Ich werde auch nicht dulden, daß die Wehrmacht die ihr im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt, und daß sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmaßen."

Wie vertragen sich die Worte des Herrn v. Schleicher mit den immer häufiger werdenden Meldungen über Zusammenziehungen der SA.-Truppen? Diese Meldungen sind so hieb- und stichfest, daß sie von niemandem bestritten werden können. Wir sind in der Lage sie mit einer ganzen Reihe von Dokumenten zu belegen. Aus ihnen erwähnen wir einen an die SA. und SS., Stuttgart, ergangenen „Standarten- und Sturmbefehl", in dem für die gesamte SA. und SS. „höchste Alarmbereitschaft" für den 31. Juli angeordnet wird usw. Wir zitieren weiter die durch Kurierdienst SA. Stand. 1/120, SS. Stand. 13, von München übermittelten Befehle „an Sturmbann- und Sturmführer", „an die Führer", „an die Abschnitte", in denen über die „Bewaffnung und Ausrüstung der SA. und SS." genaue Meldungen verlangt werden; Befehle, durch die die Motorstürme mobil gemacht werden; Befehle, die angesichts der Wahl sofort jeden Urlaub für SA. und SS. sperren und nur die Abwesenheit im Todesfall eines Angehörigen oder zum Besuch eines schwererkrankten Familienmitgliedes gestatten. Wörtlich heißt es in dem Befehl:

„Ich verlange, daß dieser Befehl restlos durchgeführt wird. Jeder Führer haftet mir für die Einhaltung dieses Befehls. Die 10 Proz. Stärke der SS. im Verhältnis zur SA. wird auf 15 bis 20 Proz. festgesetzt. Es sind besonders zuverlässige Leute aus der SA. an die SS. zu überschreiben. Meldung bis spätestens 25. Juli über die Dienststellen zur Reichsleitung. Unterschrift Stand. 13. gez. Zeller."

Dürfen wir den Herrn Reichswehrminister fragen, ob er glaubt, daß diese Vorbereitungen und Anordnungen einer „privaten Organisation" in Einklang zu bringen sind mit der Autorität des Reiches?

Eine baldige Antwort auf diese Frage liegt um so mehr im öffentlichen Interesse, als die Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist, von dem Generalalarm der Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler lediglich Kenntnis zu nehmen!

Der Herr Ministerpräsident.

Ein Röver übt sich in dunklen Drohungen.

In der Kasseler Stadthalle sprach der oldenburgische Ministerpräsident, der Nationalsozialist Röver. Er verstieg sich dabei auf dunkle Drohungen und führte u. a. aus:

„Kommt die Wendung nicht zu unseren Gunsten, steht es auf keinem Blatt geschrieben, was dann kommt. Ich befürchte, wenn der Nationalsozialismus nicht über den Berg kommt, daß dann allerhand eintreten kann. In Oldenburg sind wir Sieger geworden, jetzt heult die ganze Meute Landesverräter, von denen man einige kaltgestellt hat." (So sagte Oldenburgs Ministerpräsident wörtlich.) Und weiter: „Sie sollen nur nicht glauben, daß man schon am Ende sei; es geht erst los, die Burschen werden noch was erleben, wenn Hitler an der Macht ist." „Wir sagen euch, euch wird nichts geschenkt, ihr Lumpen und Volksverräter." — „Ich garantiere diesen Schweinehunden, daß sie gehenkt werden, und wir werden sie so lange hängen lassen, bis die Krähen sie gefressen haben. Das mag grausam sein, aber der nächste soll sich überlegen, ob er daneben hängen will."

Dieser Röver ist der letzte, der durch dunkle oder weniger dunkle Drohungen bange machen kann. Es ist aber bemerkenswert, welche Reden ein nationalsozialistischer „Ministerpräsident" im preußischen Staatsgebiet halten darf, ohne in Schutzhaft genommen zu werden!

Eine juristische Glanzleistung.

Die Begründung einer einstweiligen Verfügung gegen die „Schwäbische Tagwacht".

Stuttgart, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Die dritte Ferien-Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart hat am Mittwoch auf Antrag Hitlers eine einstweilige Verfügung gegen die „Schwäbische Tagwacht" erlassen, durch die ihr sowie zwei in der Verfügung mit Namen genannten Redakteuren des politischen Teils der Zeitung verboten wird, „bei Vermeidung der gesetzlich bestimmten Strafen für jeden Fall der Zuwiderhandlung, nämlich Geldstrafen in unbestimmter Höhe, eventuell Haft bis zu sechs Monaten, die in Nr. 67 der „Schwäbischen Tagwacht" vom 20. Juli 1932 mit der Ueberschrift „Preußens Hungerdiktat" enthaltenen Behauptungen „nationalsozialistische Unterstützungskürzungen", „Hitler-Notverordnung" in irgendeiner Form zu veröffentlichen."

In der Begründung dieser einstweiligen Verfügung heißt es: „Nach den Umständen liegen keinerlei Anhaltspunkte für die Annahme vor, daß die Behauptungen, die geeignet sind, den Antragsteller und dessen Partei verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, der Wahrheit entsprechen. Vielmehr ist aus verfassungsmäßigen Erwägungen ohne weiteres glaubhaft, daß der Antragsteller oder dessen Partei bei dem Zustandekommen der in Frage kommenden Notverordnung nicht mitgewirkt (!) haben."

Das ist wieder einmal eine juristische Glanzleistung ersten Ranges. Selbstverständlich hat Hitler nicht in der Reichskanzlei gesessen, als dort am 14. Juni die Hunger-Notverordnung der Regierung Papen das Licht der Welt erblickte. Von einer „Mitwirkung" in rein staatsrechtlichem Sinne hat selbstverständlich auch niemand gesprochen. Aber es pfeifen in Deutschland allmählich sämtliche Spatzen von den Dächern, daß die Regierung Papen und Herr Hitler politische Geschäfte auf Gegenseitigkeit machen, daß von Papen das aus Gründen der Staatssicherheit erlassene Verbot der Privatarmee Hitlers, das Verbot des Uniformtragens und der Straßendemonstrationen aufgehoben hat, und daß Herr Hitler dafür in diesem Wahlkampf nicht gegen Papen und seine Notverordnung, sondern gegen die Parteien kämpft, die diese Notverordnung wieder beseitigen und das Kabinett stürzen wollen. Die beiderseitige Bundesgenossenschaft liegt klar zutage.

Wo sieht man die meisten Hakenkreuzfahnen?
In den Vierteln der Bourgeoisie.

Wo begegnet man den meisten Braunhemden?
In den südwestlichen Vororten, wo es am wenigsten Arbeitslose gibt.

Wo parkten Tausende von Luxusautos?
Am Mittwoch abend vor dem Stadion, als Hitler und Goebbels sprachen.

Die NSDAP. ist die bürgerliche Partei Deutschlands. Daß sie sich eine „sozialistische" und eine „Arbeiter"-Partei nennt, ist ein schamloser Betrug, auf den nur die Dümmsten hereinfallen können.

„Thüringer Volksblatt" auf zehn Tage verboten. Das in Erfurt erscheinende „Thüringer Volksblatt", das kommunistische Organ Thüringens, ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf zehn Tage verboten worden.

Sonntagsdienst am Verfassungstag. Nach einem Beschluß der Reichsregierung wird am Verfassungstage in der Reichsverwaltung durchgängig Sonntagsdienst gehalten.

Getarnte Regierungsparteien.

Wer Papen schlagen will, wählt Liste 1!

„Wie wählt man Papen?" — Die Tatsache, daß ein hundertprozentig auf die Regierung Papen-Schleicher eingeschworenes Blatt, die schwerindustrielle „DAZ.", acht Tage vor den Wahlen so fragt, ist das beste Symptom für eine verlogene Wahlmache. Wer hat bei früheren Wahlen gefragt: „Wie wählt man Hermann Müller, wie wählt man Brüning, wie wählt man Stresemann?"

Jedem nicht gänzlich verrannten Wähler muß ein auffälliger Unterschied zwischen dieser Wahl und allen ihren Vorgängerinnen, ja man kann sagen zwischen dieser Wahl und allen Wahlen der Weltgeschichte in die Augen springen: Bei jeder Wahl spielte sich bisher der Wahlkampf ab zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien. Die eine Seite verteidigte die Politik der Regierung, die andere bekämpfte sie.

Aber wie ist es jetzt? An Oppositionsparteien gegen das Baronskabinett ist kein Mangel — aber wo sind die Regierungsparteien? Scheinbar — wohlgemerkt — scheinbar gibt es keine. Nicht eine einzige Partei hat den Mut, sich offiziell zur Regierung von Papen zu bekennen. Als einziges organisationsmäßiges Fundament der Baronsregierung ist bisher in die Erscheinung getreten — der Herrenklub im Berliner Tiergartenviertel! Aber der stellt bei den Wahlen keine Kandidatenlisten auf. Es dürfte nicht ganz zureichen.

Dabei muß man sich erinnern, daß die Regierung von Papen diese Wahlschlacht schlägt, nachdem sie einen Reichstag aufgelöst hat, weil sie voraus wußte, daß sie in diesem Reichstag kein Vertrauensvotum, keine Regierungsmehrheit erlangen würde. Eine solche Reichstagsauflösung hat doch nur Sinn und Zweck, wenn die Regierung im neuen Reichstag für sich eine Mehrheit erwartet. Aber woher soll die Mehrheit kommen, wenn im Wahlkampf eine für die Regierung Stimmen werbende Partei überhaupt nicht auf dem Plane erscheint?

Der einfachste Verstand sagt sich: Hier stimmt etwas nicht, kann etwas nicht stimmen. Und in der Tat, es stimmt etwas nicht. Es gibt selbstverständlich in diesem Wahlkampf Regierungsparteien. Regierungsparteien sind die Parteien Adolf Hitlers und Alfred Hugenbergs, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Sie haben sich nur — wir leben ja im Zeitalter militärischer Begriffsbildungen — oppositionell getarnt.

Dies ist vielleicht das tollste und verwegenste Spiel, das je in einem Wahlkampf mit dem Volk gespielt worden ist: Die stärkste Regierungspartei vermummt sich als Opposition; denn darüber kann kein Zweifel sein: die Nationalsozialistische Partei, die Partei Adolf Hitlers, ist in diesem Wahlkampf nicht Oppositions-, sondern Regierungspartei. Statt all der schon vorgebrachten Beweise ein einziges Symptom: Wie ging es doch in Preußen? Der Nazipräsident Kerrl schreibt einen Brief an Herrn von Papen. 24 Stunden darauf ist die preußische Regierung, wie der Brief es verlangt, abgesetzt und ein Reichskommissar über Preußen eingesetzt. Das heißt dann: wir haben nichts miteinander zu tun! Gar nichts, — nur eine ganze Kleinigkeit: Hitler kommandiert, Papen exekutiert!

Man muß sich fragen: Für wie dumm schätzt Hitler eigentlich das Volk ein, wenn er meint, diese Zusammenhänge würden nicht bemerkt. Allerdings: dadurch, daß der „Vorwärts" verboten wird, weil er dieses Zusammenspiel karikaturistisch demonstriert, oder dadurch, daß man zum Gericht läuft und eine der berühmten „Einstweiligen" erwirkt, die es der Arbeiterpresse bei Strafe untersagt, von einem Kabinett „Hitler-Papen" zu reden — dadurch wird die Volksaufklärung nicht verhindert, sondern beschleunigt. Der Mann aus dem Volke sagt sich einfach, daß er im kleinen Finger mehr politisches Urteilsvermögen hat als gewisse Juristen in ihrem studierten Schädel!

In diesem Wahlkampf kommt es nur auf eines an: Herrn Hitler seine oppositionelle Tarnkappe vom Kopf zu nehmen. Nur sie schützt ihn vor Angriffen. Der Tarnkappe beraubt, erliegt Hitler jedem Angriff, ohne oppositionelle Tarnkappe ist Hitlers Zugkraft und Popularität genau gleich der des Schleicher-Papen-Kabinetts. Weil dies die Regierung Papen weiß, darum gestattet sie ihrem Trabanten gnädigst, in oppositioneller Tarnung ein Scheingefechtlein gegen sie zu führen, oder vielmehr: gegen sich selber zu führen!

Für das arbeitende Deutschland existiert allerdings die Frage nicht „Wie wählt man Papen?" Um so brennender ist die Frage: „Wie schlägt man Papen?" Wie schlägt man die Regierung, die den Abbau des Wohlfahrtsstaates zuungunsten der Armen zum obersten Grundsatz erhoben hat? Wie schlägt man die Regierung, die zwar nicht Subventionen an Industrie, Banken und Großgrundbesitz, wohl aber die ausreichende staatliche Unterstützung der unverschuldet Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen für unmoralisch hält? — Antwort: Man schlägt Papen, indem man die getarnten Papen-Parteien schlägt.

Wer Papen schlagen will, der schlage Hitler!

Generaldirektoren!

Wirtschaftsverbrecher und Wirtschaftszerstörer vor Gericht.

Dortmund, 27. Juli. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß gegen die Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in Dortmund fällte das Gericht nach vierwöchentlicher Verhandlung das Urteil. Generaldirektor Krone erhielt wegen Untreue in vier Fällen ein Jahr Gefängnis, Generaldirektor Fischer wegen Untreue in zwei Fällen 10 Monate Gefängnis. Beide wurden außerdem noch zu je 6000 M. (!!) Geldstrafe verurteilt.

Krone und Fischer können sich nicht beklagen, zu hart angefaßt worden zu sein. Ihr Fall rundet das Bild von den „Wirtschaftsführern" ab. Diese Dortmunder Generaldirektoren sind würdige Kollegen der Gebrüder Lahusen, der Katzenellenbogen und Favag-Direktoren. Ihr Leben und Treiben ist eine einzige Widerlegung der vom Großkapital ausgestreuten Lügen, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Wirtschaft ruiniert hätten. Wer die Wirtschaft ruinierte, zeigt treffend die Begründung des Dortmunder Urteils.

Erschwerend falle — so heißt es in der Urteilsbegründung — für die Angeklagten ins Gewicht, daß ihnen als Generaldirektoren eines der größten deutschen Elektrizitätswerke eine Vertrauensstellung ungewöhnlichen Ausmaßes gegeben worden sei und ihnen mit diesen Posten eine außerordentliche wirtschaftliche Vormachtstellung anvertraut gewesen wäre.

Die Angeklagten seien aber in geradezu unglaublicher Weise mit den Geldmitteln der Allgemeinheit umgesprungen und hätten ein unerhört luxuriöses Leben geführt.

Die beiden Generaldirektoren richteten sich ganz nach dem Gebaren der rheinisch-westfälischen Industriemagnaten, sie waren Lehrlinge der Vögler und Thyssen, der schwerkapitalistischen Geldgeber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und zwar in einem solchen Ausmaße, daß selbst ein Direktor der Vereinigten Stahlwerke als Sachverständiger erklärte, daß ein derartiger Geldverschleiß und Spesenverbrauch in den größten Weltkonzernen kaum seinesgleichen habe.

Demgegenüber suchten sich die Angeklagten damit zu verteidigen,

daß ihre Bezüge im Verhältnis zu denen der sonstigen Wirtschaftsführer außerordentlich niedrig seien,

so daß sie von ihrem Verdienst auch nicht das Geringste hätten erübrigen können. Dabei bezogen sie im Jahre 1929/30 rund 100 000 M. Gehalt und 250 000 M. Tantiemen, 100 000 M. Grubenvorstandsvergütungen, 286 000 M. Spesen. Ferner ließen sie sich Kredite aus der Werkskasse in Höhe von 450 000 M. geben, belasteten ihr sogenanntes Hauskonto mit 1 230 000 M., machten auf Kosten des Werkes eine Amerikareise, für die sie sich 44 000 M. zahlen ließen, kauften sich auf Kosten der Allgemeinheit nicht weniger als

sechs feudale Maybach-Wagen,

trieben mit Werksgeldern umfangreiche Börsenspekulationen für die eigene Tasche und fälschten zu ihren persönlichen Gunsten die Bilanzen des Konzerns. Beide Angeklagten waren selbstverständlich stramm national und reaktionär und betonten während des Prozesses wiederholt, daß sie frühere Offiziere seien und nur ein Opfer von parteipolitischer Intrigen geworden wären.

Um auf das Gericht einzuwirken und für sich Stimmung zu machen, versuchten die Generaldirektoren von der Anklagebank aus gegen die Sozialdemokratie und gegen sozialistische Vertreter vom Leder zu ziehen.

Auch dieser Prozeß ist ein Musterbeispiel für die Großmanns- und Verschwendungssucht der sogenannten Wirtschaftsführer des herrschenden Hochkapitalismus, dem die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Zutreiberdienste leistet. Er ist wieder einmal ein Beweis dafür, daß nur die Durchführung der sozialistischen Forderungen und Grundsätze diesem System ein Ende machen kann.

Für die Sozialrentner!

Wie die Ansprüche geltend zu machen sind.

Durch Notverordnung sind den Invaliden- und Altersrentnern ihre Bezüge ab Juli 1932 um 6 M. monatlich gekürzt worden. Den Frauen, die Witwenrente beziehen, ist die Rente um 5 M. gekürzt worden. Bei sehr vielen wirkt sich diese Maßnahme katastrophal aus.

Die Wohlfahrt hat bis 31. Juli 1932 für die Sozialrentner folgende Unterstützungsrichtsätze („Gehobene Fürsorge"): Der Alleinstehende erhält monatlich 40 M., das Ehepaar 57,50 M. Wenn also ein Ehepaar 42 M. von der Landesversicherung bezog, dann erhielt es von der Wohlfahrt einen monatlichen Zuschlag von 15,50 M. durch die Post ausgezahlt.

Da die Richtsätze bis 31. Juli noch wie angegeben gelten, erhält jeder Antragsteller 6 M. Sonderunterstützung ausgezahlt, wenn er den Antrag auf Zahlung des Ausgleiches beim Wohlfahrtsamt persönlich stellt! Wer dazu nicht in der Lage ist, muß einen Beauftragten mit polizeilich beglaubigter Unterschrift bevollmächtigen, um den Betrag abzuholen. Die Witwen, die Invaliden- oder Altersrente und Witwenrente beziehen, haben nach der Notverordnung sogar 6 + 5 = 11 M. für Juli 1932 von der Landesversicherung weniger bezogen. Sie erhalten auf Antrag also 11 M. für Juli als Sonderunterstützung. Ohne Antrag aber erhält keiner den Ausgleich!

Die Unterstützungsrichtsätze ab 1. August 1932 sind folgende: Der Alleinstehende 39 M. monatlich, das Ehepaar 56 M. Ab 1. August werden die Sozialrenten dementsprechend gezahlt werden, d. h., bei allen Sozialrentnern erhöhen sich die Zuschläge der Wohlfahrt in Höhe des Abzuges. Ein Ehepaar, das nach dem ersten Beispiel 42 M. Altersrente bezieht, erhält ab 1. August durch die Post — ohne besonderen Antrag — 14 M. (Differenz zwischen 56 und 42 M.)

Sehr wenige Sozialrentner nehmen das Recht auf Stellung eines Mietausgleichsantrages wahr. Im Unterstützungssatz für Juli von 40 M. für Alleinstehende sind 12 M., in dem für Ehepaare von 57,50 M. sind 17,25 M. für Miete enthalten. Allgemein wird mit einer Miete für Alleinstehende von 20 M., für Ehepaare von höchstens 25 M. gerechnet. Wer weniger Miete zahlt, hat natürlich keinen Anspruch auf einen Mietausgleich. Wenn aber z. B. ein Ehepaar monatlich 26 M. zahlt, dann steht ihm wenigstens der Betrag von 7,75 M. monatlich zu. Das ist die Differenz zwischen dem Richtsatz von 25 M. und dem Satz von 17,25 M., der als Miete in der gesamten Unterstützung enthalten ist.

Dieses Beispiel zeigt und besagt gleichzeitig, daß höhere Mieten als 20 M. für Alleinstehende und 25 M. für Ehepaare nur in ganz besonderen Fällen Berücksichtigung finden können. Ab August 1932 sind in dem Unterstützungssatz für den alleinstehenden Sozialrentner = 11,70 M., in dem für ein Ehepaar = 16,80 M. enthalten. Ein Sozialrentnerehepaar mit 26 M. Miete kann also die Differenz zwischen 25 M. und 16,80 M., das sind 8,20 M., als Mietausgleich fordern.

Alle Mietausgleiche werden in den meisten Bezirkswohlfahrtsämtern nicht laufend, sondern monatlich auf Antrag als Sonderunterstützung gezahlt.

Das Thüringer Erwerbslosenelend.

Zusammenstöße mit der Polizei. – Ein Toter, drei Verletzte.

Weimar, 27. Juli.

Nach einer Mitteilung des thüringischen Innenministeriums kam es am Mittwoch in Ruhla bei Eisenach zu schweren Erwerbslosen-Ausschreitungen. Erwerbslose veranstalteten einen Umzug, dem die städtische Polizei entgegentrat. Dabei sind drei Polizeibeamte zu Boden geschlagen worden. Von ihnen ist einer durch acht Messerstiche in den Rücken und ein zweiter durch Messerstiche im Arm und Rücken schwer verletzt worden. Die Polizeibeamten haben daraufhin von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, wodurch ein Arbeiter namens Eberlein durch Kopfschuß schwer verletzt wurde. Er starb kurz nach seiner Einlieferung in das Eisenacher Krankenhaus.

1000 Luxuswagen am Stadion.

... weil Adolf Hitler'

Seit Wochen ist Hitlers Auftreten im Grunewaldstadion bombastisch angekündigt worden. „ER" hat Befehle erlassen über die Anfahrt, die Sicherung, die Lautsprecheranlage und was sonst noch zu dem Schauspiel notwendig war. Und „ER" hatte Erfolg! So viel Luxusautomobile der teuersten ausländischen Marken, wie gestern am Grunewaldstadion auffuhren, hat man wohl noch nie beisammen gesehen. Die offiziellen Parkplätze reichten nicht aus, um die Massen der Autos zu fassen, und in den angrenzenden Waldstreifen sah man geradezu ein unübersehbares Autoheer stehen.

Herren, sehr elegant, Damen in großer Aufmachung, begrüßten den Osaf der nationalsozialistischen „Arbeiter"partei. Wer diese Parade der Luxuswagen gesehen hat, dem wurde sinnfällig klar, daß bei diesen Verehrern des Dritten Reiches eine noch nicht ausgeschöpfte ergiebige Steuerquelle zu finden ist!

Zum Vergnügen dieser Besucher durfte selbstverständlich die SA. nicht fehlen. Parade muß sein! Die Geldgeber Hitlers wollen für ihr Geld etwas sehen. Deshalb sind aus Stettin, aus Brandenburg und vielen anderen Teilen des Reiches die Mannen in Zügen und Lastwagen herangerollt worden, um das Stadion zu füllen.

Es gab aber auch eine Ueberraschung: Von einem Flugzeug herabgeworfen, landeten Zehntausende von Flugblättern im Stadion. Auf ihnen stand zu lesen: „SA.-Kameraden! Gemeinsame uneigennützige Arbeit und der Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten schaffen erst die Voraussetzungen für den Aufstieg des Reiches. Soll noch mehr Arbeiterblut fließen? Adolf Hitler macht euch Versprechungen, sagt aber nicht die Wahrheit! Am 31. Juli legt Zeugnis ab für das proletarische Zusammengehörigkeitsgefühl und wähle nur die Liste 1!"

Die Wahrheit über Hitler ist im Stadion also auch zu Wort gekommen — wider sehr zum Leidwesen der Veranstalter.

Wahlhilfe aus Deutschösterreich.

Weitere Kundgebungen aus dem Ausland.

Im Reichstagswahlkampf wirken rednerisch auch eine Anzahl österreichischer Genossen und Genossinnen mit. In München und in einigen andern bayrischen Städten sprach Dr. Karl Renner, in Hessen spricht Heinrich Schneidmadl, in Baden Dr. Ernst Hoffenreich, in Sachsen, Anhalt und Franken Dr. Julius Deutsch, in Nürnberg, Hamburg und Schleswig-Holstein Theodor Körner, in Sachsen Dr. Felix Kanitz und Alois Jalkotzy, in Breslau und Schlesien Dr. Arnold Eisler, der an Stelle Otto Bauers diese Versammlungen übernahm. Von den österreichischen Genossinnen hielten Marie Deutsch-Kramer in Thüringen und Franken, Rosa Jochmann in Bayern Versammlungen ab.

Umschwung in England.

Ein bezeichnender Arbeiterwahlsieg.

London, 27. Juli. (Eigenbericht.)

Im Wahlkreis Wednesbury errang die englische Arbeiterpartei einen großen Wahlsieg über die Konservativen. Der Arbeiterkandidat siegte in der Nachwahl mit 21 977 Stimmen gegen den Konservativen, für den 18 198 Wähler stimmten. Bei den letzten Wahlen konnte der Konservative das Mandat mit einer Mehrheit von 4158 Stimmen erringen. Wenn jetzt die Labour Party eine Mehrheit von 3779 Stimmen erhalten hat, so ist dies ein Beweis dafür, daß der Ernüchterung der englischen Wähler gegenüber der „nationalen Regierung" und deren Taten und zugleich der Wiederaufstieg für die Arbeiterpartei begonnen hat.

Gorgulow verurteilt.

Er bittet selbst darum.

Paris, 27. Juli.

Paul Gorgulow, der den Präsidenten der Republik Doumer erschossen hat, ist heute abend vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden. Die Geschworenen hatten nach kurzer Beratung die beiden Schuldfragen bejaht.

Der Präsidentenmörder hatte im letzten Wort selbst um die Todesstrafe gebeten. Sein Schwager Geng hatte noch ausgesagt, er habe Gorgulow stets als einen ruhigen und korrekten Mann gekannt. Seine Schwester habe sich nie über ihn zu beklagen gehabt. Dann wurde Frau Gorgulow aufgerufen. Als sie völlig in schwarz gekleidet den Saal betrat, erhob sich Gorgulow und rief: „Ich bitte dich um Verzeihung!" Frau Gorgulow sagte weinend aus, daß sie mit ihrem Mann glücklich gewesen sei. Erst in den letzten 14 Tagen vor dem Attentat habe sich sein Verhalten geändert. Er habe Frankreich geliebt und einmal im Kino Beifall geklatscht, als Doumer auf der Leinwand erschien. Mit den Worten: „Haben Sie Mitleid mit mir und dem Kind, das ich demnächst zur Welt bringen werde", verließ sie den Gerichtssaal.

Anschließend kam der Generalstaatsanwalt zu Wort, der für eine unbarmherzige Strafe plädierte. Die Verteidiger forderten lebenslängliche Internierung Gorgulows.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Anzeigenpreise: Die einspalt. Millimeterzeile 50 Pf., Reklamezeile 2.— M., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 28 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Lepper; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt, Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 2 Beilagen.

Eisenbahnunglück am Bahnhof Gesundbrunnen.

Zwei Tote und 50 Verletzte. — Fernzug von Leerlokomotive gerammt.

Die Nachricht von einem schweren Eisenbahnunglück auf dem Bahnhof Gesundbrunnen alarmierte gestern abend Berlin. Der aus Stralsund kommende Personenzug 208 war kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof am Stellwerk Sga von einer Leerlokomotive, die aus Bernau kam, gerammt worden. Die Lokomotive fuhr in die Flanke des Personenzuges, von dem fünf Wagen umstürzten. Die Reisenden der umgestürzten Wagen konnten sich zum Teil nicht selbst befreien. Vom Stettiner Bahnhof wurde der bereitstehende Sanitätszug unverzüglich nach der Unfallstelle in Bewegung gesetzt.

Wie das Unglück geschah.

Einige hundert Meter vor dem Bahnhof Gesundbrunnen beschreiben die Vorort- und Ferngleise eine Kurve. Ein Teil des von Stralsund kommenden Personenzuges hatte bereits die Behmbrücke unweit des Bahnhofes Gesundbrunen passiert, **als die Leerlokomotive, die sich gleichfalls auf der Fahrt von Bernau nach Berlin befand, offenbar infolge Uebersehens des Hallesignals in den Fernzug hineinfuhr.**

Die Lokomotive entgleiste und warf zwei Wagen um. Durch den heftigen Anprall wurden drei weitere Wagen aus den Schienen geschleudert, die sich quer über die Schienen legten.

Während vier Wagen vor den steinernen Viadukten umstürzten, wurde ein Wagen gegen die rechte Brückenmauer gedrückt. Ein Teil der Brückenwölbung brach ein, ebenso wurde **das Stellwerk Sga zum Einsturz gebracht.** Der vordere Teil des Stellwerks wurde regelrecht wegrasiert und die Stellwerkanlagen unbrauchbar gemacht. Das Unglück war auf dem Bahnhof sofort bemerkt worden und in aller Eile machten sich unverletzt gebliebene Reisende und Bahnbeamte an die Bergung der Schwerverletzten. Neun Verunglückte wurden von Beamten der Reichsbahn in Autodroschken ins Virchowkrankenhaus gebracht. Die übrigen Verunglückten wurden von den Feuerwehrbeamten aus den umgestürzten Wagen befreit. Am schwersten gestalteten sich die Arbeiten an dem umgestürzten Wagen, der unmittelbar unter der Brücke lag. Nur mit großer Mühe konnten die Schneidewerkzeuge herangeschafft werden.

Zwei Menschen, eine Frau und ein Mann, waren derart eingeschlossen, daß sie sich nicht rühren konnten.

Der Mann gab sehr bald Lebenszeichen von sich und es war der Feuerwehr möglich, mit dem Eingeschlossenen zu sprechen. Dem Verunglückten wurde Alkohol und später auf seinen Wunsch zur Linderung der Schmerzen von einem Arzt durch eine kleine Oeffnung eine Spritze Morphium verabfolgt. **Die Schmerzensschreie der eingeschlossenen Frau verstummten bald** und als die Feuerwehrbeamten mit ihren Schneidebrennern unter schwierigsten Verhältnissen sich Zentimeter für Zentimeter an die Verunglückten heranarbeiteten, mußten sie bald feststellen, **daß sie eine Tote vor sich hatten.** Der Unglücklichen war ein Bein völlig vom Rumpf getrennt, außerdem wies der Körper furchtbare Verletzungen auf.

Fast drei Stunden brauchten die Feuerwehrleute, um diese beiden Menschen aus den Trümmern herauszuholen. Die Situation an dieser Stelle war auch aus dem Grunde schwierig, weil fortwährend eingerissenes Mauerwerk von dem Brückenpfeiler herabstürzte und die Feuerwehrleute gefährdete.

Die Rettungsmaßnahmen.

Das Städtische Rettungsamt hatte zehn Rettungswagen und mehrere Aerzte unter Leitung des Direktors Dr. Agena nach dem Gesundbrunnen entsandt. Die Feuerwehr erschien gleichfalls sofort mit einem großen Aufgebot von Rettungsfahrzeugen an der Stelle der Katastrophe. Die Gleise, die zu beiden Seiten der Unfallstelle entlangführen, waren inzwischen völlig gesperrt worden, um die Rettungsarbeiten in keiner Weise zu gefährden. Mit Tragbahren eilten die Beamten der Feuerwehr und des Rettungsamtes über die Schienen und unaufhörlich wurden die Schwerverletzten den Rettungswagen zugeführt. Zwei Personen, ein Mann und eine Frau, offenbar ein Ehepaar, deren Namen noch nicht bekannt sind, waren bereits tot.

Die Stätte der Katastrophe war lange Zeit von den Hilfe- und Schmerzensschreien der Verunglückten erfüllt. Viele konnten sich nicht selbst befreien, da die Abteiltüren nicht zu öffnen gingen. Die Leichtverletzten konnten aus den Fenstern klettern, zahlreiche Schwerverletzte dagegen mußten mit Schneidbrennern aus ihrer entsetzlichen Lage befreit werden.

Von der Schutzpolizei mußte unverzüglich ein starkes Kommando eingesetzt werden, um Absperrungen vorzunehmen, da sich zu beiden Seiten des Bahnkörpers eine unübersehbare Schar Neugieriger angesammelt hatte. Sogar ein Teil der Badstraße mußte eine Zeitlang für den Verkehr gesperrt werden, damit die Verletzten ungefährdet zur nahegelegenen Rettungsstelle 10 am Bahnhof Gesundbrunnen transportiert werden konnten. Die Mehrzahl der Verunglückten wurden von hier nach dem Virchowkrankenhaus gebracht. In der Charité fanden zwei Verletzte, in der Ziegelstraße drei und im Lazaruskrankenhaus zwei Verunglückte Aufnahme.

Die Unfallstelle,

bietet einen furchtbaren Anblick. **Fünf Wagen liegen quer über den Gleisen,** zum Teil sind durch die Wucht des Anpralles der Leerlokomotive die Untergestelle der Wagen abgerissen. Der Bahnkörper ist aufgewühlt und mit Eisenteilen, Glassplittern, Gepäckstücken und Holzteilen an der Unglücksstelle dicht übersät.

Bisher 2 Tote und 50 Verletzte.

Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Berlin in später Stunde mitteilt, sind bei dem Unglück zwei Frauen getötet und rund 50 Reisende zum Teil schwer und zum Teil leicht verletzt worden. Bei der einen Toten handelt es sich um eine Frau Linkhart aus der Schliemannstraße im Norden Berlins. Die Personalien der zweiten tödlich Verunglückten sind bisher noch unbekannt. Die Leiche ist ins Schauhaus gebracht worden.

In der Charité liegen schwerer verletzt: drei Schwestern Stuerkow, Deutsch-Eylau, Parkstr. 12, Heinrich Finke, Zechliner Hütte bei Rheinsberg, Hildegard Kroll, Berlin, Frankfurter Allee 262, Karl Klempau, Marktstr. 15, Hans Seifert, Charlottenburg, Rosinenstr. 5, Alfred Hasse und Tochter Ilse, Köpenick, Mahlsdorfer Str. 110, Anna Simon, Dessau, deren Eltern Schermer mit Namen, die in Reinickendorf im Ostpflanzerheim Wiesenweg wohnen, Margarete Spanger, Neukölln, Hermannstr. 53. In das Lazaruskrankenhaus wurden ferner aufgenommen: Frau Else Hasse, Köpenick, Mahlsdorfer Str. 110, die am Kopf, an den Beinen und den Armen verletzt worden ist.

In die Charité ist ferner Frau Erna Brandes, Berlin-Alliance-Platz 11, sowie deren Ehemann eingeliefert worden.

Ein Leichtverletzter erzählt:

Ein Leichtverletzter, der den Zug aus der Uckermark nach Berlin benutzt hat und auf dem Bahnhof Gesundbrunnen aussteigen wollte, erzählt: Etwa 700 bis 800 Meter vor dem Bahnhof Gesundbrunnen machte ich mich zum Aussteigen fertig. Ich hatte gerade meinen Handkoffer aus dem Gepäcknetz genommen, **als der Zug, der sich inzwischen dem Bahnhof auf etwa 150 bis 200 Meter genähert hatte, einen starken Stoß erhielt. Der Boden wankte unter meinen Füßen, ich fühlte, wie sich der Wagen umlegte und mit dem Kopf prallte ich gegen die Seitenwand meines Abteils. Die übrigen im Abteil befindlichen Reisenden wurden augenblicklich von ihren Sitzen geschleudert, ich selbst lag zuunterst des Menschenknäuels.** Glücklicherweise war meine Kopfverletzung nicht allzu schwer. Ich konnte mich herausarbeiten und das Freie gewinnen. Jetzt erst sah ich, was geschehen war. Eine Lokomotive hatte sich von der Seite in den vor uns laufenden Wagen tief eingebohrt. Die Puffer und der vordere Teil der Lokomotive hatte einen Teil der Wagenwand aufgerissen.

Eiserne Front — trotz alledem!

Unsere nächsten Partei- und Betriebsveranstaltungen:

Donnerstag, den 28. Juli:

2. Kreis Tiergarten. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referenten: Siegfried Aufhäuser, MdR. und Mathilde Wurm, MdR.

3. Kreis Wedding. 5 öffentliche Wählerkundgebungen 19½ Uhr im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42, Referent Kurt Heinig, MdR.; in beiden Sälen der Atlantiksäle, Behmstr. am Bahnhof Gesundbrunnen, Referenten: Fritz Schröder und Richard Joachim; im großen Saal der Pharussälle, Müllerstr. 142, Referent Hermann Schlimme; im kleinen Saal der Pharussäle, Müllerstr. 142, Referentin Anna Geyer. Thema in allen Kundgebungen „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse".

7. Kreis Charlottenburg. 19½ Uhr zwei Wahlkundgebungen im kleinen und großen Saal des „Edenpalast", Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 24. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referenten: Otto Bach und Hermann Harnisch, MdL.

8. Kreis Spandau. 20 Uhr öffentliche Kundgebung in der Jubiläumsturnhalle, Spandau, Askanierring. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Dr. Rud. Breitscheid, MdR.

9. Kreis Wilmersdorf. 20 Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114, öffentliche Kundgebung. Musik, pol. Kabarett, Ansprache Otto Meier, MdL. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse".

11. Kreis Schöneberg. 20 Uhr im Saal des Ledigenheims in der Siedlung Lindenhof, Eythstr., Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Bernhard Göring.

75. Abt. Wannsee. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im Lindenhof am Wilhelmplatz. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Gottlieb Reese.

85. Abt. Tempelhof. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung im Birkenwäldchen, Tempelhof, Manteuffelstraße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referenten: Karl Dressel, Robert Breuer. Filmvorführung.

86. Abt. Mariendorf. 19½ Uhr öffentliche Kundgebung in der Aula der Eckener-Oberrealschule Kaiser- Ecke Rathausstr. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Genosse Schliestedt.

100. Abt. Rudow. 19½ Uhr öffentliche Versammlung im „Juliuspark" Rudow. SAJ.-Spieltruppe. Ansprache Karl Litke, MdR. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse".

109. Abt. Friedrichshagen. 20 Uhr öffentliche Kundgebung im großen Saal des Gesellschaftshauses, Friedrichshagen, Friedrichstr. 137. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Dr. Kurt Löwenstein, MdR.

118. Abt. Lichtenberg. 19½ Uhr in der Schulaula Lichtenberg, Siegfriedstraße. „Der Freiheitskampf der Arbeiterschaft". Referent Stadtrat Otto Ortmann.

124a Abt. Mahlsdorf-Süd. 19½ Uhr öffentliche Wählerkundgebung bei Hubertus, Köpenicker Allee. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Georg Maderholz, MdL.

133. Abt. Buchholz. 20 Uhr bei Kähne, Buchholz, Berliner Str. 39, öffentliche Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Dr. Richard Mischler.

134. Abt. Buch. 20 Uhr bei Göpfert, am Bahnhof Buch, öffentliche Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Dr. Julius Moses, MdR.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. 19½ Uhr im Schützenhaus, Residenzstr. 1, „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Dr. Haubach.

143. Abt. Waidmannslust. 20 Uhr bei Zimmer, Lübars, Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Ernst Hildebrandt.

Ehrich & Graetz. 16½ Uhr öffentliche Betriebsversammlung der Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter im Lokal George (früheres Rennbahnlokal) am Bahnhof Treptow. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Franz Künstler, MdR.

National Registrierkassen. 16 Uhr im Lokal Gambrinus, Neukölln, Kaiser-Friedrich- Ecke Treptower Str., Betriebsversammlung. „Die kommenden Wahlen". Referent Erich Kuttner, MdL.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband. 2 Kundgebungen in der Löwenbrauerei, Hochstr. 2 und im Patzenhofer, Landsberger Allee 24. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referenten: Max Heydemann, MdL., Lorenz Breunig.

Leiser Schuhfabrik. 16 Uhr im Gesellschaftshaus Ewest, Große Frankfurter Str. 30. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse". Referent Karl Hetzschold.

Efha-Werke Britz. 16½ Uhr bei Tristam, Britz, Bürgerstr. 68/70, Kundgebung. „Sozialismus oder nationalsozialistische Phrasen?" Referent Max Urich.

Werner, Lützowstraße. 16 Uhr Eiserne-Front-Versammlung im Lokal Bärensprung, Lützowstr. 7. „Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse". Referent Karl Dressel.

Bezirksamt Wedding. 16 Uhr im großen Saal Pharussäle, Müllerstr. 142. Kundgebung „Der Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Erich Raddatz.

AEG. Turbinenfabrik. 15 Uhr im Nordwestkasino, Alt Moabit 56, Betriebsversammlung. „Die kommenden Wahlen". Referent Max Brinitzer

Westhafen. 17 Uhr, im Lokal „Sturmeck", Föhrer- Ecke Fehmarnstraße. Kundgebung „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Dr. Hans Cohn.

Freitag, den 29. Juli:

112. Abt. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung im Paradiesgarten Rahnsdorf. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Max Heydemann, MdL.

123. Abt. 20 Uhr, bei Eschrich, Kaulsdorf, Alt-Stralau 53, Eiserne-Front-Kundgebung. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Dr. Otto Friedländer.

139a. Abt. Tegel, Freie Scholle. 20 Uhr, Kundgebung im Schollenkrug, Hermsdorfer Straße. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Fritz Schröder.

Sonnabend, den 30. Juli:

61. Abt. Spandau. 19½ Uhr, im Hohenzollernkasino, Spandau, Württembergstr. 7. Kundgebung „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Lorenz Breunig.

111. Abt. Bohnsdorf. 20 Uhr, bei Heimann, Waltersdorfer Str. 100, öffentliche Kundgebung. „Die kommenden Wahlen." Referent Jockel Meier.

124. Abt. Mahlsdorf. 20 Uhr, öffentliche Kundgebung im großen Saal von Anders, Bahnhofstr. 35/37. „Der Befreiungskampf der Arbeiterklasse" Referent Paul Zippel.

132. Abt. Blankenburg. 19½ Uhr, öffentliche Kundgebung bei Klug, Dorfstr. 2. „Der Entscheidungskampf der deutschen Arbeiterklasse." Referent Dr. Schützinger.

Sorgt für Massenbeteiligung!

Haben Sie sich schon den Kopf zerbrochen?
RM. 5000 – Preise winken!
Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den interessanten Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen!" geben und senden Sie Ihre Lösung schleunigst ein! Sie lernen dabei auch die Wirkung von „Haarglanz" kennen, die Vervollkommnung moderner Haarpflege! „Haarglanz" fettet nicht und macht doch das Haar glänzend durch Neutralisation.

Die Frisur gelingt besser und die Welle hält noch einmal so gut. „Haarglanz" ist ärztlich empfohlen und kann durch Zitronensaft- und Essigspülungen nicht ersetzt werden! „Haarglanz" liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfennig, grüne Extra-Packung und Spezialsorte Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfennig.
SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE
vollkommen durch „Haarglanz"

Schmerzensschreie und Hilferufe ertönten von allen Seiten. So gut es ging, beteiligte ich mich ebenso wie andere Reisende an dem Rettungswerk. Sehr bald wurden wir durch die Rettungsmannschaften der Feuerwehr, des Rettungsamtes und der Reichsbahn abgelöst. Ich begab mich mit mehreren anderen Leichtverletzten zur Rettungsstelle, wo uns Notverbände angelegt wurden. Die ganze Umgebung des Bahnhofes bot in den folgenden Minuten ein Bild größter Aufregung. Unaufhörlich fuhren und kamen die Rettungswagen. In der verkehrsreichen Gegend hatten sich in kurzer Zeit so große Menschenmassen angesammelt, daß mehrere Lastautos mit Schupos eingesetzt werden mußten.

Neuer Trick der Devisenschieber.

Devisenverfahren gegen zwei Berliner Notare

Einem neuen Trick von Devisenschiebern sind zwei Berliner Notare zum Opfer gefallen, gegen die jetzt von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die Devisenbestimmungen eingeleitet worden ist.

Genau wie im Falle des Prinzen Isenburg hatte die Zollfahndungsstelle davon Kenntnis bekommen, daß in Saarbrücken Tausendmarkscheine aufgetaucht waren, die, wie durch Vergleich der Nummern festgestellt werden konnte, beim Verkauf größerer Posten von Wertpapieren ausgezahlt worden waren und offenbar entgegen den Devisenvorschriften ihren Weg ins Ausland gefunden hatten. Bei den Nachforschungen ergab sich, daß es sich um Wertpapierverkäufe zweier Berliner Notare handelte, in einem Falle in Höhe von 370 000, im anderen von etwa 600 000 M. Beide Anwälte gaben bei ihren Vernehmungen an, daß ein gewisser F., der sich durch ordnungsgemäßen Reisepaß und polizeiliche Anmeldung bei ihnen als Deutscher legitimiert habe, ihnen den Auftrag zum Verkauf der Wertpapiere gegeben hätte, wobei er noch eine eidesstattliche Versicherung abgab, daß es sich tatsächlich um Effekten aus Inlandsbesitz handele. Begründet seien diese Verkaufsaufträge mit der Absicht, den Erlös zu größeren Grundstückskäufen in Berlin zu verwenden, die ebenfalls über diese Notare getätigt werden sollten. Beide Anwälte hatten kein Bedenken, unter diesen Umständen die Verkaufsaufträge auszuführen und den Erlös dem Verkäufer auszuhändigen. Als man jetzt der Sache weiter auf die Spur ging, ergab sich, daß der als Besitzer der Wertpapiere Genannte, ein Herr F., überhaupt von der ganzen Sache nichts wußte, daß seine Adresse zwar stimmte, daß er aber weder Wertpapiere besaß noch den Notaren Verkaufsaufträge erteilt hatte. Auch aus der Gegenüberstellung ließ sich ohne weiteres ersehen, daß dieser F. ein ganz anderer war als der, der in den Anwaltsbüros erschienen war. F. gab noch an, daß ihm sein Paß vor einiger Zeit bei einer Bierreise gestohlen worden sei. Wer der Schwindler ist, der von diesem Paß den unrechtmäßigen Gebrauch gemacht und die Devisenschiebungen durchgeführt hat, konnte bisher nicht ermittelt werden. Den Notaren wird vorgeworfen, daß sie zum mindesten fahrlässig gehandelt hätten, weil sie vor Ausführung dieser Verkaufsaufträge erst genauere Erkundigungen über die Person ihres Mandanten hätten einziehen müssen.

Die Nazi-Schießhelden vor Gericht.

Auch der Wölfel-Lähn war dabei

Der SA.-Mann Lähn, der am Morgen des 12. Juli durch sein provokatorisches Verhalten dem Reichsbannerführer Wölfel gegenüber das Signal zum Ueberfall gegeben hat, scheint ein besonders befähigter Rowdy zu sein. Der Freispruch, dessen er sich vor dem Schnellschöffengericht vor kurzem erfreut hat, dürfte ihn zu seinen neuen Heldentaten wohl ganz besonders angespornt haben. Jedenfalls beschäftigte sich das Schnellschöffengericht nach Erledigung des Wölfel-Prozesses noch ein zweites Mal mit ihm. Herr Lähn hatte sich wegen Verstoßes gegen die Notverordnung über unbefugte Waffenführung zu verantworten. Mit ihm der SA.-Mann Unglaube.

Am 4. Juli betraten zwei angetrunkene Nazis das kommunistische Lokal von Mecklenburg in der Ravenéstraße. Sie riefen „Heil Hitler!" und forderten Bier. Gleich darauf betrat auch Lähn das Lokal. Auch er bestellte sich eine Molle und rief: „Und immer noch Heil Hitler!" Die anwesenden Arbeiter wurden unruhig, der Lokalinhaber forderte die Nazis auf, das Lokal zu verlassen, diese dachten gar nicht daran, sie mußten mit Gewalt herausgedrängt werden, es entstand dabei eine Schlägerei. Kaum waren die Nazis draußen, als Lähn aus allernächster Entfernung auf das Lokal acht Schüsse abfeuerte und die Fenster zertrümmerte. Ein Gast erhielt einen Schrotschuß an der Nase. Lähn bestritt in der Verhandlung, überhaupt geschossen zu haben, auch der Angeklagte Unglaube wollte mit der Sache nichts zu tun haben. **Das Gericht verurteilte Lähn zu 1 Jahr Gefängnis, Unglaube zu 1 Monat Gefängnis.**

Schützt das neue Berlin!

Erhaltet den Fortschritt, sonst zurück ins graue Elend!

Es geht in dieser Zeit nicht nur um materielle Dinge. Alles wird in den Niedergang mit hineingerissen: das Schulwesen wird eingeengt, das Lehrpersonal vermindert, die Klassenfrequenz erhöht. Theater und Konzerthaus bleiben der großen Masse trotz gesenkter Preise mehr und mehr verschlossen. Da ist die Volksbühne, das Institut der bildungshungrigen Arbeiterschaft und Angestellten, sie ringt um ihre Weiterexistenz.

Auf dem Gebiete des Wohnungswesens das gleiche Bild. Wir sehen ab von den Fällen, von den Höhlenbewohnern an der Peripherie der Großstädte, von den Zufluchtsstätten primitivster Art, dem letzten Stadium menschlichen Elends. Für die großstädtische qualifizierte Arbeiterschaft, Angestellte und mittlere Beamte konnte eine Wohnung von 2½ Zimmer und Küche als das erstrebte Wohnniveau gelten. Bei den von 1921 bis 1931 in Berlin errichteten Neubauten ist vor allem dieser Typ bevorzugt worden: 78 Proz. der 176 045 neuen Wohnungen waren solche von vier Wohnräumen einschließlich Küche. Von 1926 ab ist der Hundertsatz dieses Wohnungstyps dauernd gesteigert worden, nämlich von 65 bis zu 89 Proz. im Jahre 1931.

Aber leider, die andauernde Wirtschaftskrise hat dazu geführt, daß dieses bescheidene Niveau für Tausende von Familien zum „Luxus" geworden ist. Seit Jahresfrist hat die Rückwanderung in noch kleinerer Wohnungen begonnen und das Zusammenziehen mehrerer Familien, der verheirateten Kinder zu ihren Eltern und dergleichen. Das Wohnungselend mit allen seinen schlimmen Folgen für die Gesellschaft. Nun ist man, der Not gehorchend, zur Herstellung der sogenannten Kleinstwohnungen übergegangen. Der Rückschritt ist da.

Ein Vergleich der Wohnbautätigkeit Berlins mit der anderer Großstädte ergibt nach einer Uebersicht, die wir in den „Berliner Wirtschaftsberichten" finden, daß in 13 Großstädten mit über 200 000 Einwohnern von 1921 bis 1931 insgesamt 265 096 Wohnungen erstellt worden sind; das sind 47,3 Proz. gegen nur 42,8 Proz. auf je Tausend der mittleren Bevölkerung in Berlin. An der Spitze steht Bremen mit 60,5; es folgen Hamburg mit 56, Mannheim mit 54,8, Köln mit 54,5 usw. Man sieht daraus, daß im Verhältnis zur Einwohnerzahl in Berlin der Zuwachs an Wohnungen überhaupt weit geringer ist, als in einer Reihe anderer Großstädte, was seinen Grund sicherlich nicht in geringerer Initiative, sondern in dem Mangel an Mitteln der schwer benachteiligten Hauptstadt des Reiches zu suchen ist.

Wer den Rückschritt aufhalten will, wer will, daß der Aufbau den die Sozialdemokratie in den Gemeinden geleistet hat, nicht umsonst gewesen ist, wählt am nächsten Sonntag

Liste 1, Sozialdemokraten.

In den Bezirkswahlämtern.

Rasche Publikumsabfertigung frühmorgens und nachmittags

Wenn ein Mittagsblatt zu melden wußte, daß der Publikumsandrang auf den Berliner Bezirkswahlämtern ungeheuer und die Abfertigung schleppend ist, so muß das als reichlich übertrieben bezeichnet werden. Ein Versuch ergab vielmehr, daß die Abfertigung flott vonstatten geht.

Im Bezirkswahlamt Kreuzberg geht es zwischen 1 und 2 Uhr, trotz großer Menschenzahl, sehr ruhig zu. Der große Andrang fällt in der Hauptsache in die frühen Morgenstunden vor Betriebsbeginn, dann in die Mittagspause. „Wir hatten ganz schön zu tun", erzählt der Auskunftsbeamte, „von morgens acht bis jetzt um 1 Uhr haben wir immerhin gegen 1500 Personen abgefertigt. Alle Wartenden haben auf den Sitzbänken Platz gefunden, so daß die Hinzukommenden dann ihre Plätze einnehmen können. Nun tut sich ja bekanntermaßen gerade bei solcher Gelegenheit des einzelnen mehr oder minder entwickelte Nervosität am deutlichsten kund, es gibt Leute, die schon nach den ersten Minuten Wartezeit unruhig werden und die Besonnenen mit ihrer Ungeduld-Psychose anstecken.

Auch in Neukölln geht die Abfertigung reibungslos vonstatten, trotzdem bisher schon viele Tausende von Wahlscheinen ausgegeben worden sind. „Wer es eilig hat und keine Zeit oder Geduld besitzt, der kommt am besten morgens gegen 7½ Uhr, da braucht er noch keine fünf Minuten zu verlieren", erzählt der Beamte; wenn er dies nicht will oder kann, dann schickt er eben einen Angehörigen, ausgerüstet mit einem entsprechenden Ausweis, oder er reicht den Antrag schriftlich ein, wird man weiter belehrt. Zwischen 2½ und 3½ Uhr läßt der Andrang ganz gewaltig nach, und wer sich die Zeit nach Belieben wählen kann, der richte sich danach. In Wilmersdorf und am Wedding und auch in anderen Wahlbezirksämtern weiß man nichts von den oben geschilderten unangenehmen Zwischenfällen.

Im Interesse einer raschen Abfertigung zum Wohle des Publikums und der Beamten sei also nochmals betont, daß die frühen Morgenstunden (7½ bis 8½ Uhr) und die Nachmittagsstunden (2½ bis 3½ Uhr) die vorteilhaftesten sind, wenn man nicht schriftliche Antragstellung vorzieht. Außerdem sei darauf aufmerksam gemacht, daß der Freitag der letzte Tag zur Besorgung eines Wahlscheines ist und daß man den Gang zum Wahlbezirksamt nach Möglichkeit schon im eigenen Interesse nicht auf diesen allerletzten Termin legen möge.

Schwerbewaffnete Nazis.

SA.-Ueberfall auf Reichsbanner in Steglitz.

Durch die Festnahme eines schwerbewaffneten SA.-Trupps in Köpenick konnte erneut der Nachweis für die „Friedlichkeit" der Söldnertruppe Hitlers erbracht werden. Ein ganzes Waffenarsenal ist dem Burschen gestern vormittag von der Polizei abgenommen worden.

Gegen 9 Uhr näherte sich der Köpenicker Stadtgrenze ein mit 25 SA.-Leuten besetzter Lastkraftwagen. Die Polizei hatte davon Wind bekommen, daß der Trupp mit Schußwaffen ausgerüstet sei. Das Lastauto wurde angehalten und bei der überraschenden Durchsuchung wurden in den Taschen der Salzsteuersoldaten und zum Teil im Auto versteckt folgende Waffen gefunden: 4 Mehrladepistolen mit 75 Schuß scharfer Munition, 1 Trommelrevolver mit 25 Schuß Munition, Stahlruten, Gummiknüppel, Totschläger und einige fünfzig Pfund schwere Feldsteine. Das Lastauto kam aus Mahlow im Kreis Teltow. Leider war es bisher nicht möglich festzustellen, wohin die Fahrt der schwerbewaffneten Schar gehen und wem diese „Expedition" gelten sollte. Die ganze Razibande ist festgenommen und ins Polizeipräsidium eingeliefert worden. Das Lastauto wurde von der Polizei sichergestellt.

In der Birtbuschstraße in Steglitz wurde gestern vormittag ein Reichsbannermann von SA.-Leuten überfallen. Der Reichsbannerkamerad erlitt erhebliche Verletzungen. Zum Glück kamen mehrere Reichsbannerleute des Weges, die ihren überfallenen Kameraden aus den Händen seiner Peiniger befreiten. Der Spieß wurde nunmehr umgedreht und die SA.-Leute suchten ihr Heil in der Flucht. Zwei Reichsbannerleute erlitten Verletzungen

67

Aber der Umstand, daß ihr König Sigmund, sobald es ihm gelungen war, ihr gutversteckstes Liebesnest auszukundschaften, das seidene Kissen und zugleich ein perlgesticktes Täschlein voller güldener Rosinobel schickte, hatte das Stirnzucken der schönen Kurtisane und die Sorgenfalte rasch glattgestrichen, und so opferte sie denn ihrem neuen königlichen Liebhaber diesen wundervollen Sommernachmittag, trotzdem sie, wie sie sich selber ehrlich eingestand, lieber den fremden, böhmländischen Ketzer hätte schmoren sehen.

„Denn so etwas regt das innerste Sonnengeflecht auf", sagte sie, „und tut für drei Vierteljahre gut. Das wirkt wie Jugendelexier. Eine Kreatur sterben sehen durch Gewalt, gießt Kraft in das eigene Leben!"

In dieser seltsamen Meinung traf sie, die Dame von Welt, sich ganz mit dem fettgedunsenen, rotfleckigen, stinkigen Ammon Weikli, der heut mit seinen drei Gesellen im Schweiße seines Angesichts sein schauerliches Tagwerk getan hatte nach all den komplizierten Satzungen seines Amtes und der höchlichst befriedigt war von dem wohligen Summen und Singen seiner Henkersnerven. Schade, daß nicht alle Tage, die Gottes Allmacht werden ließ, solch ein Kapitalfall unterlief! Dann hätte das henkerliche Dasein wenigstens einen Sinn gehabt!

Anders aber, ganz anders, werkten die Gedanken in Sigmund

Um vor sich selber davonzulaufen, um den unheimlichen Blick des böhmischen Magisters zu bannen, der ihn bis ins Innerste getroffen hatte und der ihm schier die Seele verbrannte mit der Glut seines Vorwurfs, hatte er diesen Nachmittag, während auf dem Brühl draußen die grausame Brandschau ins Werk gesetzt wurde, sich in alle Täler, Tiefen und Abgründe der Wollust versenkt.

Das Denken abstreifen um jeden Preis!

„Kannst du Vergessen schenken, Imperia?"

Bejahend hatte die Kurtisane genickt und ihn mit silbrigem Gelächter und gleichzeitig mit hundert aufreizenden Liebkosungen überschüttet.

Was es gibt an Ausgelassenheit des Körpers, an Tollheiten des Genusses, an Verwegenheiten der Lust, an Aufpeitschung der Nerven, ward ihm in sinnverwirrender Fülle von der fremden Buhlerin kredenzt.

Gewiß, sie war gekauft, war nur Handwerkerin der Liebe. Aber sie verstand ihren Beruf so meisterhaft, so virtuos, hetzte ihren Partner dermaßen hinein in die tiefste Daseinslust der Kreatur, daß er über ihrem zuckenden Stöhnen brüllend aufschrie wie ein Tier in der Brunst der Erfüllung, eben in demjenigen Augenblick, in dem sein unglücklicher Gegenspieler aufschrie angesichts des fressenden Abgrunds der Vernichtung, den er erst im Absturz des letzten Sekundensandkorns als das erkannte, was er ureigentlich war: das Nichts und die Auslöschung!

Nach seinem Aufschrei lag Sigmund erschöpft, wie tot.

Die Kurtisane machte sich durch eine brüske Drehung von seiner Umarmung frei.

Das weiße Leinen war von seinem Körper abgeglitten.

Angewidert, verächtlich betrachtete sie das neben ihr liegende Wrack eines Liebhabers, diese über die Brust über und über mit blauen und gelben runden Flecken gezeichnete Mannsruine.

Der Schweiß sickerte aus dem rötlichen, stark gelichteten Haar des Königs in dicken schweren Tropfen und verfing sich in dem unangenehmen, struppigen Bart, an dem die nußrote Farbe das Scheußlichste war. Trotzdem kein Gran überschüssigen Fetts Sigmunds Flanken beschwerte, ging sein Atem dennoch schwer und pfeifend, nicht zum Anhören, genau so, als ob er nicht König, sondern der dicke, feistbäuchige, kurzatmige Fürstbischof von Xanten gewesen wäre.

Imperia fängt zu überlegen an: Was Fürst? Was Graf? Was Bischof? Was Abt? Was König? Was Papst?

Unterscheiden die sich, abgesehen von ihrer Gewandung, überhaupt von ihren Kämmerern, ihren Schreibern, ihren Lakaien, ihren Knechten? Höchstens durch die Schwäche ihrer Lenden! Mochten diese Titelhalter, diese Schwertschwinger, diese Würdenträger, diese Inhaber der Macht, diese Aussauger der Pfründen, diese Gärtner des Lasters noch so hoch gestellt sein auf der irrsinnigen Leiter dieses irrsinnigen Lebens, hier, in dieser Kemmenate, hier, in diesem gepolsterten Bett wurden sie alle zu nackten, armseligen, widerlichen Tieren, deren Brutalität, deren klobige Manieren, deren Unverschämtheit und deren schlechten Atem und widerliche Ausdünstung die schöne Dame aus Poitiers einzig darum ertrug, weil sie zum Leben Geld brauchte und sich auf andere Weise keines verschaffen konnte!

Die Kurtisane seufzt. Tränen dunkeln ihr ins Auge.

Ja, ja, das Leben ist keine leichte Sache!

Auch dann nicht, wenn man das Rennen gemacht hat und nun zu allerhöchst oben auf der gelben Sahnenschicht schwimmt!

Auch dann nicht, wenn man unbekümmert tut, lustig und frech!

Auch dann nicht, wenn man, sich selbst und andere zu täuschen, hundert Masken vorgebunden hat und diese hundert Masken hundertmal in der Stunde wechselt!

Nein, das Leben ist schlimm. Nicht nur für sie. Für jeden Menschen. Für sie als Kurtisane ist's aber doppelt schlimm und dreifach schlimm!

Sie wird ja mit Geld bezahlt. Dafür muß sie sich zusammenpressen lassen, wie einen wollenen Knäuel. Ein Hund hat's besser. Der kann wenigstens knurren und die spitzen Zähne fletschen, wenn ihm irgendeine Berührung nicht paßt! Der kann, wenn's not tut, sogar beißen, und wie! Käder und Dickfleisch geht mit! Sie aber ist weniger als ein Hund. Sie darf sich nicht wehren! Sie darf nicht aufbegehren! Sie muß sich alles gefallen lassen! Alles! Die Selbstachtung flattert in tausend Fetzen davon! Unsäglicher Ekel erfaßt sie.

Am liebsten würde sie diesen ausgepumpten König der deutschen Nation, dieses fleckengezierte, schnarchende Mannstier neben ihr mit einem Fußtritt zum Bett hinausfeuern!

Schon hat Imperia, die schöne, die kluge, ihrem plötzlich aufgestiegenen Einfall folgend, das wohlgeformte blütenweiße Bein zum Tritt erhoben, da muß sie auf einmal unbändig laut herauslachen. Unversehens ist ihr Auge auf ein blaues Kußmal gefallen! Sie muß an ihr drolliges Pfäfflein aus der Tourraine denken.

Jawohl, es ist doch eine Lust, zu leben!

Jetzt weiß sie wieder, wofür!

Man muß dieser verrotteten, gleißnerischen Gesellschaft ein Schnippchen schlagen!

Dieser gekrönte Schuldenmacher Sigmund wird blechen müssen! Aber tapfer! Aber hoch! Mag er seinerseits wieder die Konstanzer Pfeffersäcke schütteln, daß der Staub fliegt und denen die Augen tränen! Was geht das sie an! Mag er weiterhin seine besten Stücke in die Pfandkammer geben und sie dort gegen kurantiges, lötiges Silber versetzen! Was schiert sie das? Nichts!

(Fortsetzung folgt.)

und mußten die Hilfe der nächsten Rettungsstelle in Anspruch nehmen. Auch einige SA.-Leute sollen leichte Verletzungen erlitten haben.

Erwerbslose für Eiserne Front.

Für Arbeit und Freiheit.

Der Kampf der „Eisernen Front" wird in emsiger Aufklärungsarbeit in alle Kreise der Bevölkerung getragen. So sprach u. a. Genosse Harnisch in einer vom Bezirk Kreuzberg einberufenen Kundgebung der Erwerbslosen in der Schultheißbrauerei in der Hasenheide.

Die Ausführungen des Redners standen unter dem Motto: „Für Arbeit und Brot." Eindringlich schilderte er den aufmerksam lauschenden Erwerbslosen die Notverordnungspolitik der Papen-Regierung, die den Kreisen, die hinter der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" stehen, noch nicht scharf genug ist. Sie fordern die restlose Aufhebung jedes Anspruches aus der Erwerbslosenversicherung; sie fordern die bedingungslose Zwangsarbeit im Interesse des Privatkapitals. Als der Redner die Rundfunkrede des Nazioberst Hierl erwähnte, in der dieser die Arbeitsdienstziele der Nazis auseinandersetzte, erscholl die einmütige Forderung: „Nazi-Rundfunk abbestellen!" Die Erwerbslosen lehnen die überspannten Forderungen der Nazis ab. Sie wollen als freie Menschen arbeiten, sie wollen ihren Anteil an den Gütern der Kultur ohne Zwang und ohne Unterdrückung erwerben.

In einer machtvollen Kundgebung gaben auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Zentralverwaltung der Stadt Berlin im Saalbau Hackescher Hof ihren Freiheitswillen zu erkennen. Bürgermeister Genosse Dr. Ostrowski legte in wirkungsvoller Rede die politische Entwicklung bis zum heutigen Tage dar und zeigte, welche Gefahren für alle städtischen Bediensteten entstehen, falls es bei dieser Wahl den Nazis gelingen sollte, die Macht zu erlangen. Rechtlosigkeit in kaum vorstellbarer Form, Zurückdrängung der sozialen Verhältnisse auf den Stand der grauen Vorkriegszeit und Aufbürdung unerträglicher Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klasse wäre die zwangsläufige Folge. Geschlossener Abwehrwille und der Wille zur Freiheit sowie das Gelöbnis, die Lauen und Flauen noch bis zum Wahltage aufzurütteln kamen von allen Versammlungsteilnehmern spontan zum Ausdruck.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Zentralverwaltung der Stadt Berlin werden geschlossen Liste 1 wählen.

Tag der großen Abrechnung.

Wieder hatte die Eiserne Front im Bezirk Lichtenberg zu einer machtvollen Kundgebung aufgerufen und wieder war die stark besuchte Versammlung ein glänzendes Zeugnis glühender Kampfbegeisterung. Genosse Dr. Lohmann sprach: Wir haben denen, die es wünschten, nicht den Gefallen getan, ihnen einen Grund zu geben, den 31. Juli zu vermeiden. Dieser Tag wird der Entscheidungstag werden für die künftige Gestaltung des Geschickes des deutschen Volkes. Inzwischen haben die wenigen Wochen Papenscher Regierungskunst genügt, dem Volk die Augen zu öffnen. Der 31. Juli wird zeigen, daß Hitler nicht an die Macht kommt, so wie ihm am 10. April der Weg zur Macht versperrt geblieben ist. Ueber den dann beginnenden Kampf aber bestimmen wir Zeit und Methode. Nach Papen folgt nicht Hitler, nach Papen folgen wir. Vorwärts zum Sieg!

6000 im Friedrichshain.

Die Kundgebung am Dienstagabend im Friedrichshain, die vom 4. Kreis Friedrichshain und 5. Kreis Prenzlauer Berg der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet worden war, mußte wegen des starken Andrangs im Garten vor sich gehen, der von annähernd 6000 Personen besucht war. Künstlerische Kräfte der „Volksbühne" warben durch ihre beifällig aufgenommenen Darbietungen für das neue Spieljahr. Die Lautsprecheranlage reichte leider nicht aus, um auf allen Plätzen gehört zu werden. Deutlicher vernommen wurden die Ansprachen, die die Genossen Kurt Heinig und Dr. Haubach hielten, die der Kundgebung zur Wahl am Sonntag ihre rechte Bedeutung gaben und mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Auch das Tambour- und Bläserkorps vom Reichsbanner Friedrichshain trug zur Belebung der Wahlveranstaltung bei, die einen ausgezeichneten Verlauf nahm.

Im Parkrestaurant Südende

fand eine große Wählerkundgebung statt, wie sie Steglitz seit einem Jahrzehnt nicht erlebt hat. Der Saal war überfüllt, und Genosse Richard Joachim legte seinen Ausführungen die Flugblätter zugrunde, mit denen die reaktionären Parteien um die Stimmen der bürgerlichen Wähler werben. Den Höhepunkt des Abends erreichte die Versammlung mit der Ansprache des Vertreters der Sozialistischen Studentenschaft, Genossen Groß. Es war ein großer Tag für die Republikaner im reaktionärsten Bezirk Berlins.

Taucherarbeit an der „Niobe"

Angeblich zwei Tote geborgen. – Das Befinden der Verletzten.

Kiel, 27. Juli.

Vom Marinearsenal Kiel sind die beiden Schlepper „Hund" und „Sperber" mit Tauchern an Bord nach der Unglücksstelle der „Niobe" abgegangen, um zu versuchen, in das Innere zu gelangen. Wie in Kiel verlautet, soll es ihnen gelungen sein, zwei Todesopfer aus dem Schiff herauszubringen. Eine amtliche Bestätigung war noch nicht zu erlangen. Die Suche nach den Vermißten wird an der Unfallstelle durch den Kreuzer „Köln" und andere Fahrzeuge fortgesetzt.

Wie der Strandvogt von Rödby in Laaland telephonisch mitteilt, hat er durch sämtliche Fischerdörfer an der Küste Nachforschungen nach geretteten Ueberlebenden der „Niobe" anstellen lassen, hat jedoch bisher nur verneinende Antworten erhalten. Dagegen ist am Strand von Laaland ein kleines gekentertes Gummiboot angetrieben, das wahrscheinlich von der „Niobe" stammt. Das Befinden des Matrosen Mittelstedt, der sich den Arm ausgekugelt hatte, ist zufriedenstellend, ebenso das des Stewarts Reich, der beim Kentern des Schiffes durch kochendes Wasser verbrüht wurde und eine Verbrennung zweiten Grades davontrug, die die ganze Oberfläche des Körpers getroffen hat, aber nicht absolut lebensgefährlich ist.

Ein Wort an die Funktionäre!

Die Wahl-Sondernummer des

„Wahren Jacob"

„Sieben Wochen Hitler-Kurs"

ist erschienen!

Wenn Papen Männer des Volksvertrauens dutzendweise absetzt — dann setze man den „Wahren Jacob" serienweise ab!

Das schwerste Unglück der Marine.

Zu dem Untergang des Schulschiffes „Niobe" wird von zuständiger Stelle noch mitgeteilt: „Der Untergang der „Niobe" ist das schwerste Unglück, das die Reichsmarine nach dem Kriege betroffen hat. Zunächst wird nun das Havarieverfahren eingeleitet werden. Daneben läuft das gerichtliche Todesermittlungsverfahren. Von der Untersuchung hängt es ab, ob gegen den Kommandanten ein Kriegsgerichtsverfahren wegen schuldhaften Verhaltens eingeleitet wird. Die Bergungsfahrzeuge der Marinewerft haben sich bereits an die Unfallstelle begeben, um zu versuchen, das gesunkene Schiff zu heben."

Korvettenkapitän Kümpel, der bis zum 1. April d. J. Kommandant der „Niobe" war, teilt zu dem Untergang mit, das Schiff sei in jeder Weise voll seetüchtig und in allerbester seemännischer Führung gewesen. Allem Anschein nach habe der Kommandant das getan, was im Falle eines solchen Unglücks notwendig gewesen sei. Es handele sich bei dem plötzlichen Untergang zweifellos um höhere Gewalt. Bei plötzlich auftretenden Naturgewalten seien Segelschiffe immer in besonderer Gefahr. Daß die Niedergänge des Schiffes bei dem Unglück offen gewesen seien, sei völlig richtig, damit die im Zwischendeck befindlichen Personen sich hätten retten können.

Wie kam es zum Kentern?

Es kann vorläufig noch kein genaues Urteil über sämtliche Ursachen der Katastrophe gefällt werden; Möglichkeiten hierzu bietet erst die bevorstehende Hebung des gesunkenen Schiffes, das jetzt noch in zwanzig Meter Tiefe liegt. Im Verhältnis zur Länge des Schiffes war die „Niobe" unverhältnismäßig breit und deshalb eigentlich völlig windsicher. Ueberraschungen durch böige Winde schienen bei diesem Schiff und guten Segelmanövern fast ausgeschlossen. Viel eher konnte bei der sehr offenen und großen Takelage mit Segelverlusten bei überraschenden Winden gerechnet werden. Die Sicherheit des Schiffes vor böigen Winden war um so größer, als an Bord außer der regulären und immer vollzähligen Besatzung noch Seekadetten für eilige und dringende Segelmanöver zur Verfügung standen, die bei drohenden Sturmgefahren eine schnelle und sichere Segelbergung garantierten. Nach den vorliegenden Berichten muß das Schiff gerade in den aufkommenden Wind gedreht haben, eine Lage, die jedem Segelschiff gefährlich werden kann. Der wachhabende Offizier hat diese Gefahr sicherlich auch erkannt und gab deshalb den Befehl: „Hart an Steuerbord ran!", ein Kommando, das, richtig und schnell ausgeführt, das Schiff sofort in seine entgegengesetzte Lage zum Winde bringen muß. Aus dem Bericht eines Geretteten geht jedoch deutlich hervor, daß das Bergen der Segel und der Kurswechsel des Schiffes zu spät geschah. Als man gerade anfing, die Obersegel zu reffen, tauchte in der Ferne auf einmal „Do. X" auf. Der Gerettete erzählt nun: „Da hatten wir natürlich genug zu tun, um uns durch Winken bemerkbar zu machen. „Do. X" war noch nicht ganz am Horizont verschwunden, als plötzlich das Unheil geschah."

Die Bö sauste heran, erreichte das Schiff noch ehe die Wendung vollzogen war, drückte mit voller Kraft seitlich in die Leinewand und brachte das Schiff zum Kentern.

Im Verhältnis zur Windstärke muß während des Angriffs der Bö noch sehr viel Segelleinwand freigestanden haben. Es wird zwar behauptet, daß der Befehl zum Bergen der Obersegel, also aller Rahsegel der „Niobe", noch vor der Bö gegeben worden sei, aber das Segelmanöver in den oberen Segeln dauert immerhin mindestens fünfzehn bis zwanzig Minuten. Es besteht somit leicht die Möglichkeit, daß die nur halbvollendete Arbeit der Mannschaft zum Verhängnis wurde.

Die hohen Menschenverluste

haben zweierlei Ursachen. Einmal legte sich das Schiff in der rasenden, seitlich ankommenden Bö sofort soweit nach Lee über, daß die Rahen schon die Wasserfläche berührten, ehe man überhaupt allseitig die Gefahr erkennen konnte. Zum anderen aber müssen alle Decksluken des Schiffes offengestanden haben. Als das Wasser über die Reeling stürzte, sperrten die Wassermassen offenbar mit größten Drucke alle Zugänge aus den unteren Decks ab, die Räume unter Deck liefen voll Wasser und versperrten den Mannschaften den Weg ins Freie. Die Leute im Zwischendeck müssen sofort mit in die Tiefe gegangen sein. In den Augenblicken, wo ein Segelschiff kentert, gibt es ja überhaupt nur Rettungsmöglichkeiten für die Mannschaften, die sich auf Deck oder in den Wanten befinden. Alle anderen sind ausnahmslos verloren, zumal sich der gekenterte Schiffsrumpf wie eine Riesenhaube auf das Wasser legt und so tief drückt, daß kaum die Luft aus den Räumen, nicht aber die Besatzung daraus entweichen könne.

Glücklicherweise befand sich ein Dampfer auf derselben Höhe wie die „Niobe", er konnte sofort zur Rettungsarbeit schreiten. Wäre das Schulschiff außer Sicht des Fehmarnfeuerschiffes und irgendwelcher Dampfer gewesen, so wäre es spurlos und ohne Hilferuf versunken. Bei der Schnelligkeit solcher Katastrophen ist dann an Rettung überhaupt nicht zu denken.

Aus der Partei.

Achtzig Jahre alt wird unser Genosse Christian Weiß in Goldlauter, Thüringer Wald, am 28. Juli. Er war einer der ersten Kämpfer der sozialistischen Partei und einer der Hauptgründer des Genossenschaftswesens und der Arbeitervereine. Als junger Maschinenbauer kehrte er 1872 von Berlin nach seiner Heimat zurück. Nach einem Jahr politischer Kämpfe wurde er gemaßregelt. Kein Unternehmer wollte ihn mehr beschäftigen. Er gründete den Konsumverein Goldlauter, um die Kaufkraft der Arbeiter für diese selbst wieder nutzbar zu machen. Vielen späteren Pionieren des Genossenschaftswesens konnte er dank seiner großen Erfahrung fördernde Ratschläge geben.

Der Kreis Schleusingen-Ziegenrück galt schon Anfang der neunziger Jahre als eine sozialistische Hochburg. Die Unterdrückung und Verfolgung der damaligen Zeit hat auch Christian Weiß fühlen müssen. Unter dem Sozialistengesetz wurde auch er in dem Elberfelder Sozialistenprozeß auf die Anklagebank gebracht, um nach sechswöchiger Verhandlung freigesprochen zu werden. Heimgekehrt war seine erste Tat, den verurteilten Genossen seine letzten Groschen, die seine tüchtige Frau erübrigt hatte, zur Verfügung zu stellen — der guten Sache zuliebe. Als Kreistagsabgeordneter hatte er mit dem damaligen Landrat schwere Kämpfe zu bestehen. Leider hat Christian Weiß durch die kommunistische Konsumvereinsleitung schwere Enttäuschung und Undankbarkeit erleben müssen. Hoffentlich sieht er im hohen Alter noch bessere Tage.

Achtung!
Voranzeige.

Leopold Gadiel
Das Haus für grosse Welten
KÖNIG-STR. 22-26

Beginn:
Montag
den 1. August

Gadiels Saisonschluß-Verkauf

Beachten Sie am Sonntag, dem 31. Juli, unser
Großes Preisangebot
in dieser Zeitung, dann werden Sie sicherlich dem Mahnruf folgen:

bildet diesmal eine Ausnahmeleistung von
unerhörtem Ausmaß!
Auf zu Gadiel!

Eine gigantische Fülle nur hochwertiger Kleidung wird zu Preisen verkauft, deren
Niedrigkeit noch niemals annähernd erreicht wurde!

Allgemeine Flugblattverbreitung

Donnerstag, Freitag und Sonnabend ab 18 Uhr von den bekannten Stellen aus.
Alle Genossinnen und Genossen, alle Jugendgenossen, Arbeitersportler und Reichsbannerkameraden beteiligen sich daran.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Achtung, Kreisleiter!

Wir bitten um Angabe des Zentralwahllokals.
Das Bezirkssekretariat.

Achtung, Kreisleiter!

Wir bitten, die im Stadion benutzten Dreipfeile im Laufe des heutigen Tages im Büro des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 9, abzuliefern.

Achtung! Abteilungsleiter.

Die Merkblätter für die Wohlfahrtskommissionen bitte ich gegen gestempelte Empfangsbescheinigung im Büro des Bezirksverbandes (Telephonzentrale) abholen zu lassen.
Pattloch.

*

Wir bitten diejenigen Abteilungsleiterinnen, die noch nicht die Dampferkarten für die Fahrt am 23. Juli abgerechnet haben, dies sofort nachzuholen.
Das Frauensekretariat.

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

4. Kreis. Die Kundgebung am 29. Juli darf nicht stattfinden. Dafür beteiligen sich alle Parteimitglieder an der Neuköllner Veranstaltung.
5. Kreis. Bei der morgen stattfindenden öffentlichen Kundgebung im Viktoriagarten findet ab 19 Uhr ein Freikonzert im Garten statt.
14. Kreis. Alle Abteilungsleiter holen heute bestimmt Karten vom Parteibüro ab.
9. Abt. Alle Genossen treffen sich heute, 18 Uhr, zur Kreiskundgebung bei Hübner. Später Kommende gehen direkt zur Wielefstraße.
14. Abt. Sonnabend, 30. Juli, 17 Uhr, Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus. Sämtliche Parteigenossen müssen sich daran beteiligen. Sonntag, 31. Juli, 7¼ Uhr, Treffpunkt sämtlicher Genossen zur Wahlarbeit im Zentralwahllokal.
28. Abt. Heute, 18 Uhr, alle Parteigenossen mit Abzeichen bei Bartelt, Wörther Straße. Gruppe II: 20 Uhr Zahlabend bei Golder.
82. Abt. Heute, 17½ Uhr, Funktionärkonferenz bei Hübner, Paul-Singer-Straße 65. — 19½ Uhr Zahlabende: Gruppe I bei Ewest, Große Frankfurter Str. 80. „Unser Kampf für die Freiheit", Referent Walter Raue. Gruppen II, IV, V, VI Zahlabende in den bekannten Lokalen.
88. Abt. Die Funktionäre rechnen in der Funktionärsitzung am Freitag, 29. Juli, sämtliche Pfeile, Wimpel, Fahnen usw. bestimmt ab.
42. Abt. Heute, 19 Uhr, treffen sich alle Parteimitglieder bei Wiesdorf, Urbanstr. 6.
98. Abt. Heute Funktionärsitzung an bekannter Stelle.
106. Abt. Heute, 18 Uhr, Flugblattverbreitung von folgenden Lokal aus: Köllnische Vorstadt: Rewart, Rudower Str. 3; Kietz (Alt-) Vorstadt: Parteiheim.
108. Abt. Die Verteilung des letzten Wahlflugblattes der Partei erfolgt im Hinblick auf die am 28. Juli stattfindende Wahlkundgebung der Abteilung erst am Freitag, 29. Juli, pünktlich 18 Uhr, vom Lokal Fahrendholz, Wilhelm- Ecke Kirchstraße, aus.
115. Abt. Sonnabend, 30. Juli, 17 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Sonntag früh alle Parteimitglieder zur Wahlarbeit im Lokal Tivoli. Niemand darf fehlen.
129. Abt. Heute Beteiligung aller Mitglieder an der Kundgebung in Buchholz. Näheres siehe Kalender der öffentlichen Veranstaltungen.
143. Abt. Freitag, 29. Juli, beteiligen wir uns an der Versammlung der Freien Scholle.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

4. Kreis Prenzlauer Berg. Montag, 1. August, Besichtigung des Waisenhauses Gütergotz. Näheres „Vorwärts"-Ausgabe vom Sonntag.
13. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Unsere übliche Sitzung der Arbeiterwohlfahrt fällt der bevorstehenden Reichstagswahlen wegen aus. Die nächste Sitzung ist am 26. August. Näheres durch die Zeitung.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Geschäftsstelle: Lindenstr. 2.

Restfalkenlager Blankensee. Achtung! Ankunft der Restfalken am Sonnabend, 30. Juli, um 20.14 Uhr, auf dem Lehrter Bahnhof.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

6. Abt. Genosse Gustav Schnell, Zionskirchstr. 46, ist plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Sonnabend, 30. Juli, 19½ Uhr, Krematorium Gerichtstraße. Um rege Beteiligung bittet der Abteilungsvorstand.
118. Abt. Am 25. Juli verschied der Genosse Max Boche, Frankfurter Allee 179. Ehre seinem Andenken! Einäscherung Donnerstag, 28. Juli, 17 Uhr, Krematorium Baumschulenweg. Um rege Beteiligung bittet der Abteilungsvorstand.

Achtung, Abteilungsleiter!

Resultatzettel, Umhängeplakate usw. können sofort vom Sitzungssaal des Bezirksverbandes Berlin abgeholt werden. Das Bezirkssekretariat ist jeden Tag bis 8 Uhr abends geöffnet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Appell der Eisernen Front

morgen, Freitag, 19 Uhr, im Neuköllner Stadion (U-Bahnhof Leinestraße). Eintritt 50 Pf.

*

Jeder Werbebezirk muß noch heute das Werbematerial und die „Funktionär-Information" vom Sekretariat abholen.
Abteilungsleiter, reicht das August-Programm ein!
Volksbühnen-Mitglieder, nehmt die Ummeldung vor! Neuaufnahmen werden noch entgegengenommen. Umschreibegebühr 80 Pf., Neuanmeldung 1,30 M.

Heute, Donnerstag, 20 Uhr.

Gewerkschaftshaus: Köpenicker Str. 90: Mitgliederversammlung. — **Humboldthain:** 19 Uhr Sportplatz Humboldthain. — **Norden:** 18 Uhr Sportplatz Humboldthain. — **Schillerpark:** 18 Uhr Schillerpark. — **Wedding-Nord:** 18 Uhr Schillerpark. — **Zeltplatz** I: Sonnenburger Str. 20: „Tagespolitik". — **Humannplatz:** Gleimstr. 35: „Kirche und Freidenker". — **Norden** II: Danziger Str. 62: Bunter Abend. — **Schönhauser Vorstadt:** Sonnenburger Str. 20: Bunter Abend. — **Andreasplatz** II: Brommystr. 1: Heimabend. — **Warschauer Viertel:** Sportplatz Friedrichshain. — **Kottbusser Tor:** Urbanstr. 167: „Unsere Stellung zur KPD.", I. — **Köpenicker Viertel:** Manteuffelstr. 7: „Tagespolitik". — **Süden:** 18¼ Uhr Katzbach-Sportplatz. — **Südwesten:** Spielen. — **Schöneberg** II: Hauptstraße 15: Funktionärversammlung. — **Westend:** Sportplatz Westend: „Nie wieder Krieg!" — **Zehlendorf-Dahlem:** Baden 19 Uhr Krumme Lanke. — **Schöneweide** I: Berliner Str. 31: „Tagespolitik". — **Lübars:** Wir lernen neue Kampflieder.
Werbebezirk Mitte: Vorstandssitzung, Köpenicker Str. 92.
Werbebezirk Tiergarten: 18 Uhr Kleiner Tiergarten.
Werbebezirk Wedding, Tambourkapelle: Alle spielfähigen Genossen sind mit ihren Instrumenten pünktlich 19 Uhr in den „Pharus-Sälen" (Falkenkleidung).
Werbebezirk Neukölln: Treffpunkt aller erwerbslosen Genossen um 9 Uhr Ganghoferstraße (Baracken). — Mädel-Aktivgruppe: 20 Uhr Steinmetzstr. 94.
Werbebezirk Pankow: Versammlung der Partei in Buchholz, Berliner Straße, bei Kaehne.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Verband ehem. Polizeibeamten Preußen e. V. (Bepp), Sitz Berlin. Mitgliederversammlung am Montag, 1. August, 20 Uhr, in der Bockbrauerei, Fidicinstr. 3—8.

Wetteraussichten für Berlin: Teils heiter, teils wolkig, mäßig warm, vereinzelt Schauer, ziemlich frische Südwest- bis Westwinde. — **Für Deutschland:** Im Süden und Osten allmähliche Besserung, sonst wenig Aenderung.

Theater, Lichtspiele usw.

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
5 u. 8½, Stgs. 2, 5, 8½ U.
E 7 Weichsel 4081
Der fidele Bauer

Rose - Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3422
8.30 Uhr
P. Der Vulkan
Gartenbühne
5.30 Uhr
Konzert u. Varieté
Drei arme kleine Mädels

TRAUMLAND
SCHÖNHOLZ
Straßenbahn 37-88-118
Großfeuerwerk
ein Bild aus Traumlands Tierparadies

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Wieder 12 neue Attraktionen

LUNA PARK
Heute
GR. FEUERWERK
Sonnabend: Konzert-Gastspiel
Wiener Edelknaben
Sonntag: Boxkampf.
TÄGLICH WELLENBAD

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Gebr. Löffler
Berlin O 17, Ostbahnhof (224
Kartoffelgroßhandlung
kaufen und verkaufen alle Sorten Speisekartoffeln waggonweise

TACO
TACO-Kraftfahrzeugwerkstätten G.m.b.H.
Charlottbg., Schloßstr. 69, Wilh. 9223/24
Reparaturen sämtlicher Systeme
Filiale
TACO-AUTO-DIENST
Carl Tauffenbach
Bln. NW 6, Luisenstr. 31a, Weidm. 3933
Bereifung / Autozubehör
Groß-Dampf-Vulkanisieranstalt

Die schönsten
Kleider Blusen Mäntel Kostüme
zu auffallend billigem Preise!
Ausgesucht gute Qualität, in riesiger Auswahl!
W. BERNHARD Nachfl.
Das Haus der allergrößten Weiten und der jugendlichsten Damen- und Backfisch-Konfektion.
Berlin, Belle-Alliance-Str. 105 u. 101

Hannoversche Bodenkredit-Bank.

Vierte Teilausschüttung aus der Pfandbrief-Teilungsmasse.

Gemäß Artikel 83, 84 der Durchführungsverordnung vom 29. November 1925 zum Aufwertungsgesetz wird die Hannoversche Bodenkredit-Bank mit Zustimmung ihrer Aufsichtsbehörde zum 1. August 1932 eine vierte Teilausschüttung von 6⅔ % des Goldmarkbetrages der Pfandbriefe alter Währung vornehmen.

Die Ausschüttungen betragen damit bisher insgesamt 46⅔ %.

Die Teilausschüttung von 6⅔ % wird in Höhe von

1⅔ % in bar und
5 % in unseren 5⅓ % (früher 4½) %igen Goldpfandbriefen Reihe 15 (2. Erweiterungsausgabe) mit Zinslauf ab 1. Juli 1932

geleistet.

Die Ausschüttung erfolgt gegen Einreichung der **Ratenscheine Nr. 3** der bei der ersten 20%igen Teilausschüttung ausgegebenen Anteilscheine derart, daß gegen die eingelieferten Ratenscheine 7,5 % des aufgedruckten Goldmarknennbetrages in bar und 25 % in unseren 5⅓ (früher 4½) %igen Goldpfandbriefen Reihe 15 (2. Erweiterungsausgabe) ausgehändigt werden.

Die auf den Inhaber lautenden 5⅓ (früher 4½) %igen Goldpfandbriefe (2. Erweiterungsausgabe) werden vom 1. Juli 1932 an verzinst, sind mit halbjährlichen, am 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres, erstmals am 1. Januar 1933, fälligen Zinsscheinen versehen und in Stücke zu GM. 200.—, GM. 100.— und GM. 50.— eingeteilt. Daneben gelangen Stücke im Nennbetrage von GM. 20.— und GM. 10.— (Goldpfandbrief-Certifikate) zur Ausgabe, die gleichfalls vom 1. Juli 1932 an verzinst werden, bei denen aber die Zinsen erst bei Fälligkeit des Kapitals unter Hinzurechnung von 6 % Zinseszinsen gezahlt werden. Goldpfandbrief-Certifikate, welche zusammen in Goldpfandbriefen mit Zinsscheinen darstellbar sind, können in solche umgetauscht werden.

Spitzenbeträge, die sich weder in Goldpfandbriefen mit Zinsscheinen noch in Goldpfandbrief-Certifikaten darstellen lassen, werden in bar ausgezahlt.

Die Ratenscheine Nr. 3 sind zur Empfangnahme der Ausschüttungsbeträge bei der Kasse der Bank in Hildesheim, Gartenstraße 20, einzureichen. Mit der Einreichung kann sofort begonnen werden.

Den Einsendungen ist ein Einreichungsvordruck, geordnet nach Buchstaben und Nummern, nach den Formularen der Bank beizulegen. **Die Formulare werden auf Verlangen kostenlos von der Bank geliefert.**

Die Aushändigung der Barbeträge sowie der Stücke erfolgt an unserer Kasse; bei Versendung nach auswärts tragen wir die Versendungsspesen. Zur Prüfung der Legitimation der Einreicher der Ratenscheine ist die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Diese Bekanntmachung gilt als erste Aufforderung im Sinne des Artikel 87 a. a. O. Wenn bis zum Ablauf von drei Monaten nach der dritten Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Deutschen Reichsanzeiger Ratenscheine Nr. 3 nicht eingereicht sind, so kann die Bank den auf diese Ratenscheine entfallenden Artikel hinterlegen, sofern nicht innerhalb der Frist der Antrag auf Einleitung eines Aufgebotsverfahrens oder auf Zahlungssperre nachgewiesen ist.

Hildesheim, den 25. Juli 1932.

Hannoversche Bodenkredit-Bank
Astor. Kühneck. Dr. Davidson-Schmieder.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Albert Marker

geb. 24 April 1883, am 22. Juli gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 28. Juli, 19½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am 23. Juli starb unser Kollege, der Schlosser

Oskar Heinrich

geb. 25. April 1867.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, dem 30. Juli, 19 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf

Am 23. Juli starb unser Kollege, der Rohrleger

Eduard Zamek

geb. 5 November 1858.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Karl Bechler

Stellmacher im Reichsbahnausbesserungswerk Tempelhof, am 26. Juli verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Freitag, dem 29. Juli, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Danksagung

Allen, die uns an der Bahre unserer lieben Entschlafenen

Frieda Zipler

ihre Teilnahme und der Toten die letzte Ehre erwiesen, auf diesem Wege herzlichen Dank.
Adolf Zipler
Hans u. Erna Zipler.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Achtung!
Verwaltungsmitglieder!

Freitag, den 29. Juli, keine Sitzung der mittleren Ortsverwaltung. Die Auszahlung der Liquidationen erfolgt bis 3½ Uhr nachmittags.

Aus Anlaß der am Freitag stattfindenden Demonstration sind sämtliche Büroräume ab 18 Uhr geschlossen.
Die Ortsverwaltung.

EISU Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafzim., Stahlmatr.
Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Original - Belema
Patentmatratzen / Ruhebetten
Couchs mit Belema-Federung
Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff — ein Bett, sowie das neue Holzbett mit Belema-Federung sind vollkommen geräuschlos! — Kein Einliegen. Für schwerste Belastung. Ueberall erhält! 20 Jahre Garantie.
Berl. Federmatratz.-Fabrik, Koppenstr. 31

KLEINE ANZEIGEN

Preise: Überschriftswort 20 Pfennig, Textwort 10 Pfennig
Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %. Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Tapeten
Saillat, Koloniestraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportgehpelze, Damenmäntel. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Anzüge 20.—, Ulster, Hosen. (Keine Versatzware.) Pfandleih-Verkaufshaus Schönhauser Allee 115, Nordring.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima" Metallbetten, Auflegematratzen. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Kein Laden.

Zurückgenommenes Schlafzimmer, Eiche, komplett 350.— M. Moritz Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor.

Ergänzungsmöbel Couches, Schreibtische, Büfetts, Kredenzen, Vitrinen, Betten, Schränke in großer Auswahl billigst. Moritz Hirschowitz, Osten, Andreasstraße 30.

Freien - Angebote nur noch bis 30. Juli. Jeder muß zugreifen! Schlafzimmer, Eiche, 275.—, Polierte Schlafzimmer 325.—, Birnbaum, Maserbirke, Mahagoni, zwei Meter, 475.—, Speisezimmer, kaukasisch Nußbaum mit Glasvitrine, Tisch, Stühlen, nur 390.—, Herrenzimmer, zwei Meter, nur 275.—, Ankleideschrank 55.—, Küchen 65.— Zahlungserleichterung! Krieger, Kastanienallee 45—49, Fabrikgebäude.

Zurückgenommene Möbel unter Preis. Eichenkredenzen 50.—, Bücherschränke 29.—, Ammerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Monbijouplatz 10. Täglicher Verkauf gebrauchter und fabrikneuer Möbel in großer Auswahl. Schlafzimmer, 180 breit, Schwedenbirke, hochglanzpoliert, fabrikneu, 465.—, Speisezimmer, wenig gebraucht, 180 breit, komplett 190.—, Schlafzimmer, gebraucht, 120.—, Herrenzimmer 200.—, Zurückgesetzte Schlafzimmer, Speisezimmer spottbillig. Ankleideschrank 45.—, Schreibtische, Bücherschränke 40.—, Ankleideschränke, Küchen, Couches, Drehbettcouches, Klubsessel, Piano, Vitrinen, Standuhren, Teppiche. Möbel- und Lombardspeicher Landau, Monbijouplatz 10.

Renaissance Florentiner Speisezimmer, Büfett, drei Meter, überkomplett, Herrenzimmer, ebenso Bibliothek, drei Meter, Wangenschreibtisch, Prachtstück, besonders schwere Ausführung, zu jedem annehmbaren Preis. Möbel- und Lombardspeicher Landau, Monbijouplatz 10.

Dreißig Ankleideschränke spottbillig. Monbijouplatz 10.

Küchen, spottbillig. Monbijouplatz 10.

Speisezimmer, 200 breit, modern, alles rund, 390.—, Monbijouplatz 10.

Couch. Bettcouch, Klubsessel, spottbillig. Monbijouplatz 10.

Einzelmöbel wenig gebraucht, wie Waschtoiletten, Frisiertoiletten, Sessel, Nachttische, Tische, Stühle u. a. m. zu Spottpreisen. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Verkauf in unseren Ausstellungsräumen Chorinerstr. 54, am Rosenthaler Platz.

Gebrauchtes Speisezimmer, kaukasisch Nußbaum, moderne Bauart, Büfett 2½ Meter, aparte Vitrine, und Kredenz mit Tisch und Stühlen, spottbillig. Möbelhaus Moritz Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor.

Gleiser, gute Möbel. Alexanderplatz.

Radio

Radio, Sprechmaschinen, Netzanschlußanlage, komplett mit Röhren, Lautsprecher, anschlußfertig, 46.—, Lautsprecher 4,75, 7,50, vierpolig 15.—, 18.—, 22.—, System 4,75, 6,50. Elektrodosen 3,50, 5,50. Anoden, 100 Volt, 3,25, 4,40, 4,95. Netzanoden 13.—, Bastlermaterial, Sprechmaschinen, Kofferapparate 9.—, 12.—, 15.—, Schrankapparate 28.—, 32.—, 35.—, 45.—, 10 000 Werke 3.—, 4.—, 6.— sowie alles Zubehör billig. Machnow, Weinmeisterstraße 14. Filialen: Friedenau, Rheinstraße 48; Charlottenburg, Windscheid- Ecke Kantstraße, und Kantstraße 54.

Nähmaschinen

Nähmaschinen, große Auswahl, Mark 85.— an, in Rundschiffchen und Centralbobbin 95.—. Machnow, Weinmeisterstr. 14. Filiale: Friedenau, Rheinstraße 48.

Schreibmaschinen

Schreibmaschinen, Büro oder Reise, 24 Monatsraten, Barzahlung Sonderrabatt. Menze, Bergmann 7370, Friedrichstraße 218.

Fahrräder

Ballonräder 34.—, 42.—, 45.—, 55.—, verchromte 65.—, Werner, Adalbertstr. 9, Kottbusser Tor.

Fabrikneue Fahrräder 28.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, verchromte Fahrräder von 39.— an. Ballonräder, fabrikneu, 33.— an, mit Freilauf und Rücktritt-Bremse, jetzt 40.—, 45.—, 55.—, Brennabor-Räder 70.—, Marke Stern 68.—, 73.—, Arena jetzt 95.—, Machnow, Weinmeisterstraße 14. Filialen: Friedenau, Rheinstr. 48, Charlottenburg, Windscheidstraße, Ecke Kantstraße, und Kantstraße 54.

Gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 23.—, 30.—, 35.—, Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Kraftfahrzeuge

Motorradteile und Sportartikel, größte Auswahl, billigste Preise. Machnow, Weinmeisterstraße 14. Filialen: Friedenau, Rheinstr. 48; Charlottenburg, Windscheidstraße, Ecke Kantstraße, und Kantstraße 54.

Garten, Laube und Balkon

1,50 Reichsmark pro laufender Meter kompletter Drahtzaun mit Eckeisenständer. Spanndraht, Stacheldraht und Ia verzinktem viereckigen Drahtgeflecht. Drahtzaunfabrik, Urbanstr. 6. Bahnlinien: 4, 5, 9, 15, 21, 95, 141.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29. Haltestelle Adalbertstraße.

Verschiedenes

Reparatur-, Maßschneiderei. Schmidt, Reinickendorf, Ramlerstr. 19.

Dauerwellen, halbjährige Garantie, Vorzeigerin 5.—, Charlottenburg, Guerickestraße 33 (Knienähe).

Vermietungen

Wohnungen

Ohne Einschreibegeld vermittelt Wohnungsheld, Neue Königstraße achtunddreißig, direkt Alexanderplatz.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Rockbüglerinnen, außer dem Hause, sofort verlangt. Burstein, Charlottenburg, Königsweg 30 I, Eingang Prinzstraße.

Das ist Hitlers Idealstaat.

Diese faschistische Hölle wollen Hitler und Hugenberg bei uns verwirklichen.

Hugenbergs Brief an Papen will neue Notverordnungen zur Heraufführung des Faschismus. Hugenberg und Hitler, der von italienischen Faschisten beraten wird, sind sich in diesem Ziel einig. Ein Blick nach Italien zeigt immer wieder, wieviel wir in Deutschland noch zu verlieren und zu verteidigen haben.

Das faschistische Italien gilt dem „Nationalsozialismus" als Vorbild. Die Naziführer verweisen immer wieder auf die angeblich grandiosen Leistungen und Segnungen des faschistischen Wirtschaftssystems. Sie kennen kein Versagen der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer Führer — siehe Lahusen und Thyssen —, die Schuld trägt allein der Marxismus.

Die Weltkrise ist ein von den Marxisten zur Volkstäuschung erfundenes Fremdwort.

Italien ist das leuchtende Vorbild des Dritten Reiches, ist nicht marxistisch. Warum aber wird es genau so durchschüttelt wie das marxistische Deutschland? Die Krisenerscheinungen sind in Italien noch viel verheerender als anderwärts.

Die industrielle Gesamtproduktion ist fast auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Die Werften, die Schiffahrt, die Eisenindustrie und Elektrizitätswirtschaft, die Kunstseideindustrie und andere, mit ihnen die großen italienischen Konzerne sind aufs schwerste erschüttert.

Die offiziell zugegebene Arbeitslosigkeit lautet auf 1 Million. Sachkundige schätzen die tatsächliche Arbeitslosigkeit auf 2 Millionen; enorm viel für dieses überwiegende Agrarland.

Italien hatte keine Reparationskrise, keine Abziehung von Auslandsgeldern und damit keine innere Vertrauenskrise erlebt wie Deutschland. Aber das italienische Bankwesen ist nicht weniger ramponiert als bei uns. Eine ganze Reihe mittlerer Banken ist zusammengebrochen, hat Millionen von Einlegern um ihre Spargroschen gebracht. Die Großbanken mußten der Reihe nach: Italienische Landwirtschaftsbank, Credito Italiano, Banca Commerciale, vom Staat vor dem offenen Zusammenbruch gerettet werden.

Der Banca Commerciale mußten für 4 Milliarden Lira Industriebeteiligungen mit Staatshilfe und Staatsbürgschaft abgenommen werden; sie sind heute weniger als die Hälfte wert. Der Staat hat bis Mitte des Jahres bereits 1½ Milliarden Lira Unterstützungskredite verteilt.

Die bekanntgewordenen Wirtschaftsskandale beweisen, daß die Zahl der Wirtschaftsverbrecher in Mussolinien, dem Vorbild des Dritten Reichs, nicht kleiner, sondern eher größer als anderwärts ist und daß die Wirtschaftsführung noch unsolider und korrupter ist als anderwärts.

In den letzten 2½ Jahren haben in Italien etwa 60 000 Firmen Konkurs angemeldet. Die letzte Monatsziffer der Konkurse lautet auf 2000 und liegt damit viermal so hoch wie die gegenwärtige deutsche Ziffer. Bei den Wechselprotesten hält Italien einen Weltrekord. Die amtliche Statistik meldet monatlich 100 000 Wechselproteste.

Von der amtlich ausgewiesenen Ziffer von 1 Million Arbeitslosen erhält nur etwa ein Fünftel Unterstützung. In Wirklichkeit dürfte nur etwa

ein Zehntel der tatsächlich Erwerbslosen staatliche Unterstützung

erhalten. Die Landarbeiter sind von der Unterstützung ausgeschlossen. In Deutschland hat die Regierung der Barone wahrlich die Arbeitslosenunterstützung auf ein unerträgliches Hungerniveau herabgedrückt. Aber die Einführung der italienischen Sätze, 40 bis 50 Pf. Unterstützung pro Tag — also 3 bis 3,50 M. die Woche — und nach drei Monaten völlige Aussteuerung, steht uns noch bevor, wenn Hugenberg und Hitler ihr faschistisches Ideal in Deutschland verwirklichen werden.

Der Durchschnittslohn für alle Arbeiterkategorien beträgt nach der amtlichen Statistik 37 Pf. die Stunde. Eine Textilarbeiterin erreicht in voller Arbeitszeit und im Akkordlohn bestenfalls 2 M. Tages- oder 12 M. Wochenverdienst, ein Landarbeiter (Barlohn und Deputat zusammengerechnet) noch nicht 10 M.

Die Lebenshaltungskosten sind in Italien aber kaum niedriger als in anderen europäischen Ländern. Sie sind nach den amtlichen Ziffern seit dem Höchststand nur etwa um 13 Proz. zurückgegangen, während die deutsche Meßziffer seit dem einen Rückgang 20 Proz. aufweist.

Die Reallöhne liegen im faschistischen Eldorado nach dem Internationalen Arbeitsamt um mehr als ein Drittel unter den deutschen.

Sie liegen noch unter dem Stand der deutschen Löhne um die Jahrhundertwende! Die Ziele Hugenbergs und der Nazis sind hier also wirklich erreicht.

In Italien existiert nicht einmal eine obligatorische Krankenversicherung. Die Steuerverteilung ist noch unsozialer als bei uns.

Das Elend ist so groß, daß sofort nach der Lockerung der Auswanderungsbestimmungen eine Massenflucht aus dem Eldorado einsetzte.

Innerhalb von zehn Monaten haben mitten in der schwersten Weltkrise 300 000 Italiener ihr Land verlassen, obwohl die ganze Welt versperrt ist und nirgendwo günstige Aussichten auf Beschäftigung zu erblicken sind. Aber diese Auswanderermassen ziehen ein ungewisses, wenn nicht aussichtsloses Schicksal in der Fremde, noch der Hölle in der Heimat, im faschistischen Italien, vor!

So sieht das leuchtende Vorbild des Faschismus aus. Das ist das Schicksal, das die Arbeiterklasse unter dem Faschismus erwartet. Es gibt auch auf Hitlers und Hugenbergs Anschläge auf Freiheit und Leben der Massen nur eine Antwort: Dem Faschismus wird am 31. Juli der Weg ein für allemal verbaut.

Sozialer Trümmerhaufen.

Auf den Arbeitsämtern herrscht ein tolles Durcheinander.

Auf sämtlichen Arbeitsämtern Deutschlands herrscht ein tolles Durcheinander. Die Prüfung der laufenden Unterstützungsfälle auf die Hilfsbedürftigkeit und die Umrechnung auf die neuen Unterstützungssätze konnte fast nirgends geschafft werden. Ohne Berücksichtigung der neuen gesetzlichen Bestimmungen hat man dann in letzter Minute von oben herunter angeordnet, daß, wo die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erfolgt ist, schematisch die Unterstützungssätze der letzten Notverordnung auf die Zahlbogen aufgeschrieben werden sollen.

Ungefähr ein Drittel aller Unterstützungsempfänger ist erst in den „Genuß" der Unterstützungssätze der Papen-Hitler-Verordnung gekommen. Zwei Drittel haben die alten oder in fast allen Krisenunterstützungsfällen erhöhte neue Unterstützungssätze bekommen. Sämtliche sogenannte Nebenarbeiten der Arbeitsämter wie Ueberweisungen, Zahlung von Kinder- und Frauenzuschlägen, Erledigung der anfallenden Post hat man infolge der Umstellung fast vier Wochen ruhen lassen.

Wer soll diesen ganzen Trümmerhaufen jetzt aufarbeiten?

Wer soll die restlichen zwei Drittel Unterstützungsakten in Ordnung bringen und umrechnen?

Zwei Drittel aller unterstützten Arbeitslosen werden sich in diesen Tagen gewundert haben. Denn ihre Unterstützungen sind oft höher als früher. Es wird ein böses Erwachen in den nächsten Wochen geben, wenn alle weniger bekommen. Wie stark die Kürzungen sind, dafür mögen die Einsprüche der schon gekürzten Unterstützungsempfänger als Richtschnur gelten. Rund 80 Proz. aller Arbeitslosen, die die richtige neue Unterstützung bekommen haben, legen Einspruch ein und verlangen richterliche Entscheidung. Eine Arbeit, die gar nicht bewältigt werden kann.

Nur einige Beispiele, wie die Hitler-Notverordnung sich auswirkt, soweit die Berechnung der neuen Sätze vorgenommen werden konnte, und wie sie sich bei allen anderen Unterstützungsbeziehern auswirken wird, wo bisher die Berechnung nicht vorgenommen worden ist:

1. Lediger Bezieher im Elternhause:

	Bisher	neu	nach 6 Wochen
Kl. XI. (ohne Zuschläge)	18.90	11.70	3.90
Kl. VIII („ „)	13.50	9.90	3.90

2. Lediger, eigene Wohnung oder zur Miete bei Fremden:

Kl. XI. (ohne Zuschläge)	18.90	11.70	7.85
Kl. VIII („ „)	13.50	9.90	7.85

3. Ehepaar mit 1 Kind unter 6 Jahren:

Kl. XI (ohne Zuschläge)	25.20	17.10	14.30
Kl. VIII („ „)	18.—	14.70	14.30

4. Verheirateter, dessen Ehefrau 25 M. pro Woche verdient:

Kl. XI (ohne Zuschläge)	18.90	11.70	nichts
Kl. VIII („ „)	13.50	9.90	nichts

Die Fälle, wo zwei Arbeitslose, die bisher dieselben Unterstützungssätze bezogen,

nunmehr ganz verschieden hohe Beträge

bekommen, weil für den einen die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit vorgenommen worden ist, für den andern aber noch nicht, diese Fälle sind nicht selten. Der in jeder Hinsicht „Geprüfte" fühlt sich benachteiligt und macht den Arbeitsamtsangestellten die schwersten Vorwürfe. Wie wollen die Angestellten diesen Unglücklichen klarmachen, daß sie ihnen persönlich nicht übelwollen und nur nach den Vorschriften gehandelt haben?

Die Regierung der Nazibarone hat, wie Herr von Papen an Hugenberg schreibt, „die notwendigen Aufräumungsarbeiten ohne Zeitverlust und rücksichtslos" durchgeführt. Daß man bei den Reichen und Reichsten, daß man auch bei den ostelbischen Großgrundbesitzern „rücksichtslos" vorgegangen ist, wird auch Herr von Papen nicht behaupten. Das tolle Durcheinander, das man in allen Arbeitsämtern angerichtet hat, zeigt jedoch, daß die soziale Rücksichtslosigkeit und die Hast, „ohne Zeitverlust" mit dem „Wohlfahrtsstaat" aufzuräumen, mit Sachkenntnis nicht gepaart waren.

Arbeitsdienst als Dienst am Unternehmer

Ein Vorgeschmack vom „Dritten Reich".

Tüchtige Leute verstehen es, sogar mit dem freiwilligen Arbeitsdienst ein Geschäft zu machen. Die Gemeinden Krautsand-Drochtersen haben vor kurzem an das Arbeitsamt Nordmark einen Antrag gestellt, worin um die Genehmigung zur Herstellung von Klinkern im Weg des freiwilligen Arbeitsdienstes gebeten wird. „Diese Steine sollen für Wegebau in Frage kommen, den man ebenfalls im Arbeitsdienst ausführen will. Man will 3 600 000 Klinker produzieren. 600 000 Stück werden von vornherein als Ausschußware in Abzug gebracht. Diese als Bruch berechneten Steine sollen dem Produzenten zur eigenen Verwertung überlassen bleiben. Ferner will man dem Ziegeleibesitzer 1 500 000 Steine zur „Kostendeckung" überlassen. Diese Steine werden mit 18 Mk. pro 1000 Stück berechnet. Das macht 27 000 Mk.

Eine merkwürdige Berechnung! Wo sind Klinker, ja selbst ganz gewöhnliche Hintermauerungssteine für 18 Mk. pro Tausend zu haben? In der „Bauwelt" wird der Preis für 1000 Hintermauerungssteine in Hamburg mit 39 Mk. angegeben. Nimmt man diesen Satz, dann macht der Erlös für 1 500 000 Steine rund 60 000 Mk. Ein ganz schönes Geschäft also, selbst wenn man alle sonstigen Ausgaben, wie Steuern und dergleichen in Abzug bringt und die „Kostenveranschlagung" mit 27 000 Mk. bestehen läßt.

Die Leidtragenden bei der ganzen Geschichte waren die Ziegeleiarbeiter, die als Arbeitsdienstwillige dem Unternehmer einen guten Verdienst zuschanzen würden. Man sieht, wohin Arbeitsdienstexperimente führen, wenn sie auf eine Verdrängung der Arbeit des normalen Arbeitsmarktes hinauslaufen. Solche Experimente können nicht energisch genug abgelehnt werden.

Gemeingefährliches Treiben.

Die Porzellanindustrie fordert Preiserhöhung.

Ende dieses Monats läuft die Preiserhöhungssperre für Kartellpreise, die in der Dezembernotverordnung ausgesprochen wurde, ab. Die früher schon ausgesprochene Befürchtung, daß die deutschen Kartelle nach diesem Termin ihre Preise wieder erhöhen und die Realkaufkraft der gekürzten Löhne weiter schmälern werden, scheint sich zu bestätigen. Der Verband deutscher Porzellangeschirrfabriken jedenfalls hat sich beeilt, in einer Denkschrift vom Reichswirtschaftsministerium die Genehmigung für eine Preiserhöhung zu fordern.

Tatsache ist, daß die Notlage der deutschen Porzellanindustrie nicht erst seit gestern oder vorgestern existiert. In der Nachkriegszeit wurden 57 Betriebe mit 1100 Arbeitern stillgelegt. Diese Notlage hat ihren Hauptgrund in einer überhohen Leistungsfähigkeit, die auch in den besten Nachkriegsjahren nicht annähernd ausgenutzt wurde. In kaum einer Industrie aber wird die Kostengestaltung so stark durch die Ausnutzung der Anlagen bestimmt, wie in der Porzellanindustrie. Wenn die seit 1924 investierten 25 Millionen Mark nicht zu verzinsen sind, so ist das eben ein Beweis für eine Fehlinvestition.

In einem allerdings kann man die Darlegung der Porzellanindustrie nur unterstreichen: daß nämlich die Brüskierung zahlreicher Länder durch die deutsche Zoll- und Handelspolitik die deutschen Ausfuhrindustrien aufs schwerste geschädigt hat. Fast die Hälfte der deutschen Produktion an Geschirrporzellan und fast zwei Drittel der Produktion an Zierporzellan wurden im Jahre 1928 ausgeführt.

Den schärfsten Protest der Verbraucherschaft aber müssen die Forderungen nach einer Preiserhöhung und nach Maßnahmen, die auf einen Verwendungszwang für Porzellan hinauslaufen, hervorrufen. Wenn gesagt wird, daß bei einem Verbrauch von 1,17 M. pro Kopf der Bevölkerung eine Preiserhöhung um 20 Proz. nur 0,22 M. je Kopf ausmachen würden, so ist das einfach komisch. Selbstverständlich wird jede Preiserhöhung — es wird eine um 10 Proz. verlangt — zu einem Absatzrückgang führen.

Der Strauß dieser Kartellwünsche wäre nicht vollständig, wenn nicht mit sturer Hartnäckigkeit wieder das Verlangen nach Abbau von Löhnen und sozialen Lasten gestellt würde. Dieser „Rettungsplan" der deutschen Porzellanindustrie zeigt mit Deutlichkeit, daß Deutschlands „Wirtschaftsführer" immer noch in der Senkung der Massenkaufkraft durch Lohnabbau und Preiserhöhung die Rettung sehen. Sie wollen anscheinend die letzte Grundlage für die Beschäftigung der deutschen Wirtschaft beseitigen; ihr Treiben ist gemeingefährlich.

Papens Arbeitsbeschaffung.

Die Arbeitsbeschaffungsanleihe und das Arbeitsbeschaffungsprogramm Brünings wurden von der Papen-Regierung bei ihrem Regierungsbeginn sofort begraben. Mit Papen fürchtet Hitler deshalb schlechte Wahlen. So tut die Regierung Papen, was sie kann und was sie darf. 60 Millionen für Straßenbau, 50 Millionen für Wasserstraßen wurden kürzlich angesagt. Jetzt tröpfeln 25 Millionen für landwirtschaftliche Meliorationen nach. Dabei handelt es sich zum Teil um längst bereitstehende Gelder. Bestenfalls werden 50 000 bis 60 000 Menschen mit der ganzen Summe von 135 Millionen auf ein Jahr beschäftigt. Das nennt man Arbeitsbeschaffung.

Herr Schäffer und die Gelben.

Der Reichsarbeitsminister hatte nach seinem Amtsantritt auch die Vertreter der „wirtschaftlichen Werkvereine" empfangen. Die Gelben knüpften daran große Hoffnungen. Sie glaubten, die Regierung der Hitlerbarone werde nun ihre Anerkennung als tariffähige Vertragspartei herbeiführen. Daraus ist aber zunächst nichts geworden. Der Reichsarbeitsminister ist der Auffassung, daß es wie bisher den mit der Auslegung der Gesetze betrauten Stellen überlassen bleiben müsse, ob sie die Werkvereine als Tarifvertragspartei anerkennen können. An dem bisherigen Zustand ändert sich also nichts. Herr Schäffer wollte den Gelben also nur seine Sympathien bezeugen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 28. Juli, um 19¼ Uhr, sagen die Gruppen: **Südosten:** Jugendheim Reichenberger Str. 66. „Das moderne Gefängnis." — **Tempelhof:** Jugendheim Lyceum Germaniastr. 4—6. Der Zugang erfolgt durch den Eingang Gräfestraße, auf der hinteren Seite der Schule. „Arbeiterführer: Karl Marx und Friedrich Engels." — **Moabit:** Jugendheim Lehrter Straße 18—19. „Gewerkschaften und Arbeitsdienst." — **Staaken:** Jugendheim 17. Volksschule, Gartenstadt, Kirchplatz, Endhaltestelle Autobus 21. Treffen um 19½ Uhr auf dem Schulhof zu einer Abendwanderung. — **Schönhauser Tor:** Jugendheim Tieckstr. 18. Die Burschen gestalten den Abend aus. — **Landsberger Platz:** Jugendheim Dieskauerstr. 5. „Wir und Freikörperkultur." — **Lichtenberg:** Jugendheim Dottestr. 22. Die Mädels gestalten den Abend aus. — **Neu-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. „Aus dem Leben eines Kumpels." — **Osten:** Jugendheim Frankfurter Allee 307, Lounge. „Gewerkschaften und politische Parteien." — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Rote Schule, Gotenburger Str. 2. „Schund und Schmutz des Alltags." — **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5 (Köthe Hof, Spindlersfeld). „Berufskrankheiten und ihre Verhütung." — **Gewerkschaftshaus:** Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 11. Heini berichtet von seiner Walze. — **Schlesisches Tor:** Jugendheim Manteuffelstr. 7, vorn 1 Treppe. „Aktuelle Satire aus alter Zeit." — **Siemensstadt:** Jugendheim 11. und 13. Volksschule, Siemensstadt, Schulstr. 14—15. Wir lassen uns nicht unterkriegen. — **Wir spielen ab 18 Uhr: Nordostkreis:** Volks-Sportplatz, Nordend; **Nordkreis:** Spielwiese im Volkspark Rehberge; **Südkreis:** Sportplätze Treptower Park, Wiese 8, und Volkspark Neukölln; **Jugendgruppe des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes:** Treptower Park, Wiese 8. — **Jugendgruppe des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter:** Jugendheim Neue Schönhauser Str. 4—5. Lichtbildervortrag: „Wandertage in Thüringen". — **Achtung! Achtung!** Am Freitagabend im Stadion Neukölln **Propagandafeuerwerk** der „Eisernen Front".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, sind folgende Veranstaltungen: **Norden:** Jugendheim Lortzingstr. 19. Einer fragt und alle antworten. — **Osten:** Jugendheim der Schule Litauer Str. 18. Kurzgeschichte: Interessantes aus unserem Beruf. — **Treptow:** Jugendheim Elsenstr. 3 (Privathaus). Fahrtenabend mit Bildertausch. — Die Freie Angestelltenbank e. G. m. b. H. tagt heute von 20 bis 22 Uhr im Verbandshaus. — **Spiele im Freien:** Ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten und ab 18½ Uhr Sportplatz Friedrichshain, Platz 9.

Zentralverband der Angestellten. Die Ortsverwaltung und die Verwaltungsstelle Berlin der Berufskrankenkasse der Angestellten, Hedemannstr. 12, schließen ihre Büroräume am Freitag, 29. Juli, bereits um 15 Uhr. Die Abendsprechstunde fällt aus. Nächste Sprechstunde Montag, 1. August, von 17—19 Uhr.

Walther G. Oschilewski: Deutschland

Dies Land: Heimat. Vaterland.
Wenn wir nächtens aufwachen — es ist Nacht über Deutschland —
Wandert der nebelverhangene Himmel über den gequälten Schlaf unserer Brüder
Und die ewigen Sterne tragen dunkle Tücher über ihrem diamantenen Leib.
Doch bald grüßt uns der Morgen in taukühler Frische.
Wälder und Auen, Gesang der Lerchen über den Feldern
Nähren Erdreich und Wurzeln unserer Liebe zu dir, Deutschland.
Wir reißen den Pflug durch den brachen Acker
Und werfen Saat für die braunlichten Tage der Ernte.

Aber hört sie brüllen, die Trompeter der Knechtschaft, die Schänder der jungen Freiheit,
Auf den Tribünen und Märkten des eitlen Betrugs!
Tönerne Worte und die gefälligen Spiele der Gaukler
Wollen mehr sein als aufbauende Tat.

Unsere Liebe zu dir schilt man.
Uns will man knechten, wie man unsere Väter knechtete.
Wer aber die Freiheit liebt, liebt sie bei seinem ärmsten Volke.
Was in uns glüht, ist Deutschland morgen!

Drohende Kriegsgefahr!

Anmerkungen zu den letzten Julitagen

Es vernarben die Wunden, es vergehen die Zeiten, und arglos über den Stätten des Mordes wandelt ein neues Geschlecht!
Emanuel Geibel.

In dieser Woche jährt sich zum achtzehnten Male der Tag, in dessen Nachmittagsstunden Trompetenklänge in den Straßen Berlins erklangen. Offiziere in voller Kriegsausrüstung verkündeten auf den Plätzen und Straßenkreuzungen, der Kaiser habe den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr" angeordnet. Man weiß, es blieb nicht bei der drohenden Gefahr. Bereits am nächsten Tage wurde die allgemeine Mobilmachung angeordnet. Der größte und entsetzlichste Krieg der Weltgeschichte begann.

51 Monate voll des Grauens rollten sich ab. Nie wird es möglich sein, in menschlichen Worten das Maß an Blut, Leid und Tränen, an Jammer und Elend auszudrücken, das dieser Krieg mit sich brachte.

Wie eine ungeheure Ironie mag es also erscheinen, wenn einem der Zufall, ein Zeitungsblatt aus den letzten Julitagen 1914 in die Hände spielt. Eine hannoversche Zeitung war es, die einen wissenschaftlich aufgemachten Artikel brachte, in dem bewiesen werden sollte, daß die modernen Kriege unblutig wären. Trotz der außerordentlichen Entwicklung der Artilleriewaffe kämen Verwundungen durch diese weit weniger als in früheren Kriegen vor. Dazu käme das ausgebildete Sanitätswesen und die Kriegschirurgie. Todesfälle gäbe es in stark geringerem Maße als in den Kriegen des vergangenen Jahrhunderts oder des Mittelalters. Allen Ernstes wurde der Krieg als ein ziemlich harmloser Sport dargestellt. Der Artikel schloß mit den Worten: „Die Chancen, vom Schlachtfelde heimzukehren, sind viel, viel günstiger als früher!"

Und wie sah es nach vier Jahren aus? Das furchtbarste Totenfeld, das die Erde je gesehen hatte, lag vor einem. Allein in Deutschland über 1,8 Millionen Gefallene, dazu beinahe 9 Millionen Verwundete. Bei den gesamten am Kriege beteiligten Ländern waren es 10,5 Millionen Tote und rund 26 Millionen Verwundete. Ungerechnet die Opfer durch Epidemien, die stets den Kriegen wie ein untrennbarer Kometenschweif nachfolgen. Ungerechnet die Tausende und aber Tausende von unterernährten Kindern, die nie zu einer vollen Entwicklung kamen, hinsiechten und früh starben. Ungerechnet auch die Kriegskrüppel, die Blinden und alle jene furchtbar Verstümmelten, die ein Leben führen, das kein Leben ist. Ebenso ungerechnet die unzähligen Insassen der Irrenhäuser, deren Geist sich vor diesem namenlosen Elend verdunkelt hatte. Rechnet man noch alle jene, die später infolge der durch den Krieg bedingten Wirtschaftskrisen Vermögen und Existenz verloren haben, rechnet man die Trauer und das Leid der Mütter um ihre Söhne, der Frauen um ihre Männer, denkt man an die vielen Kinder, denen der Vater und Erzieher von früh auf fehlte, deren Leben deshalb auf falschen Bahnen abrollte, so hat man einen unvorstellbar hohen Turm von Jammer, Elend und Not vor sich, daß es verwunderlich ist, daß dieser Turm nicht die ganze Menschheit mit seinem Gewicht erdrückt hat.

Ganz unausdenkbar aber ist die Tatsache, daß wir heute vielleicht näher als wir glauben, vor derselben Gefahr stehen. Eine neue Generation ist herangewachsen. Während wir in Frankreich und Rußland in den Schützengräben lagen, wurden sie geboren oder spielten auf der Straße. Sie wissen nur vom Kriege, was man ihnen erzählt. Selbst eine Erinnerung an diese Zeit damals haben sie nicht. Man hat versucht, einen Teil dieser Jugend aufzuhetzen, man hat ihr verheimlicht, was ein Krieg in Wahrheit ist. Man hat ihr vorgestellt, daß es herrlich und mannbar wäre, in den Krieg zu gehen. So hat man sie zu einem freventlichen Soldatenspielen verleitet. Mit bunten Uniformen hat man sie gelockt. Und so kann es sein, daß eines Tages der Wunsch, aus diesem Spiel Ernst zu machen, überhand gewinnen wird.

Wer so töricht ist, wieder an einen unblutigen Krieg zu glauben, der mag daran erinnert werden, was Dr. Hugo Stolzenberg, der Besitzer jener Gasfabrik vor den Toren Hamburgs, aus der im Jahre 1928 aus einem undicht gewordenen Kessel nur einige Gasschwaden entwichen, vor einigen Monaten in einem öffentlichen Vortrag geäußert hat. Die Folge des damaligen Unglücks waren einige Dutzend Tote und Hunderte von Kranken. Ein Atemzug brachte bereits den Tod. Auf den Straßen Hamburgs brachen die Menschen urplötzlich zusammen. Durch die Fensterritzen kroch das gelbe Gas in die Stuben. Beim Essen oder beim Schlafen überraschte es seine Opfer. Man muß also Herrn Dr. Stolzenberg zugestehen, daß er weiß, wie ein Krieg sich mit der Waffe des Giftgases abspielen wird. Er hat erklärt, es wäre bereits jetzt schon im Frieden unerläßlich, das gesamte Leben und Treiben der Städte mit ihren Bahnen, Brücken und Straßen, mit der gesamten Industrie, Kanälen und allem, was dazu gehört, unter die Erdoberfläche zu legen, wenn nicht die gesamte Menschheit im Kriegsfall beim ersten Gasangriff auf die erste Sekunde erliegen solle.

Es gibt nur einen sehr unvollkommenen Schutz gegen feindliche Fliegerangriffe. Fliegerabwehrversuche in London und Paris und neuerdings auch in Ostpreußen haben das bewiesen. Immer wird der größere Teil der giftverbreitenden Flugzeuge durch die Sperre gelangen.

Das Meer des Blutes und des Leides, das vor achtzehn Jahren hochschwoll, ist noch nicht abgeebbt. Wieder steht ein 31. Juli vor der Tür. Würde es den Nationalsozialisten gelingen, das Heft in die Hand zu bekommen, so weiß man, wohin die Entwicklung drängt. Nicht um irgendeinen Wahlsieg wie in früheren Jahren also geht es am 31. Juli, sondern um Krieg oder Frieden, Freiheit oder Untergang.

frs.

Walter trifft Minka

Liebesgeschichte ohne Ende / Von Hansgeorg Maier

Die Erwartung

Walter erzählt:

Ich weiß noch gut, daß es Winter war und daß der Frost nicht enden wollte, obwohl der März begonnen hatte. Ein Kamerad hatte mir bei einem Tischler Arbeit verschafft, und so war ich in der kleinen Stadt geblieben. Das Umherziehen hatte ich satt.

Jeden Abend ging ich durch ein paar verwinkelte Straßen in das große, vom Alter aufgetriebene Haus zurück, wo ich untergekommen war. Wie ein mächtiges Wrack, das sonderbar kräftig dem Wasser und der Sonne standhielt, lag das alte Haus unter dem steilen Absturz des Stadtwalles, breit und bauchig, wie eine abgetakelte Schaluppe. Ich trat über die Schwelle auf den Vorplatz, eine niedrige Diele mit mehreren Türen in allen drei Wänden: nur das kleine Zimmer der Wirtin habe ich kennengelernt. Hinten führte eine hölzerne, an vielen Stufen abgestoßene Treppe hinauf zu meiner Stube. Auf dem Tisch hatte ich einen Spirituskocher stehen. Ich machte mir heißes Wasser und brühte den Tee in der irdenen Kanne auf, die mir von der Wirtin hereingestellt worden war. Ich belegte zwei oder drei Scheiben Brot mit dem Käse oder der Wurst, die ich unterwegs eilig gekauft hatte, und aß und trank. Dann rückte ich die Lampe heran und las in einer Zeitung. Allmählich bekam ich die Kälte zu spüren, ich stopfte eine Pfeife, brannte sie an, zog den Mantel über und verließ das Haus.

Wohin? Zuerst ging ich links die Straße hinauf — rechts führte sie zur Tischlerei — und sah die Bilder in den Schaukästen des Kinos an. Manchmal ging ich hinein. Dann gab es eine Geschichte von einigen reichen oder armen Leuten, die schließlich glücklich wurden. Ich konnte nicht immer daran glauben. Wenn es hell wurde, erblickte ich viele Mädchen im Saal; aber ehe ich mich richtig umgeblickt hatte, begann schon wieder der Film. Am Schluß paßte ich draußen auf, ob eine vorbeikäme, mit der ich bekannt werden könnte. Ich ging immer allein nach Hause.

Wenn ich nicht in das Kino eintrat, hatte ich die Wahl zwischen der erleuchteten Hauptstraße und dem Feldweg bis zum Bahnwärterhaus am Chausseeübergang. Dort traf es sich meistens, daß gerade zwei helle, lärmende Schnellzüge vorüberfuhren. Es war gut zu wissen, daß sie jeden Abend wiederkamen.

Ich verdiente so, daß ich auskam. Ich hatte auch nur für mich zu sorgen. Für zwei hätte es nicht sehr weit gelangt. Ehe ich schlafen ging, besuchte ich öfters die Schenke hinter dem Postamt. Dort lernte ich einen anderen jungen Tischler kennen, der in einer großen Möbelfabrik arbeitete. Ich wollte auch eine so interessante Arbeit finden, wie er sie schilderte. „Bei uns wird keiner mehr eingestellt", bemerkte er. Die Fabrik ginge nicht gut. Wir tranken ein Glas Grog. Es gab noch andere Kameraden in der Schenke. Es waren lustige Leute darunter, sie erzählten eigene Erlebnisse und Geschichten, die sie von anderen gehört hatten. Sie sprachen von ihren Mädchen. Sonntags waren sie mit ihnen zusammen. Ich tat, als hätte ich auch eine Bekanntschaft gemacht. Daß ich die Sonntage allein verbrachte, verschwieg ich.

Das Alleinsein war auf die Dauer noch schlimmer als das Herumstreifen im Sommer. Aber davon sagte ich nichts. Wenn ich das Prahlen satt hatte, zahlte ich und ging. Es war mir gleichgültig, was sie über mich reden würden. Bald würde es wieder wärmer werden. Dann wurde das Leben ein wenig leichter. Ich wollte wieder fort. Aber ich wartete noch auf etwas, das geschehen müßte, ehe ich ging. Ich wollte auf keinen Fall vorher wegfahren. Oft war ich voller Hoffnung; es mußte alles besser werden, ich würde nicht länger allein bleiben, ich würde eine interessante Arbeit finden und ein erträgliches Leben haben. Vielleicht war es zu zweit nicht ganz so schwer wie allein. Ich hatte manchmal trübe Tage, an denen ich auf alles pfiff, zuallererst auf mich. Dann kam ich mir lächerlich vor, ein Narr, weil ich glaubte, man müsse auch heutzutage einmal glücklich sein können. Aber was konnte man tun? Man mußte alles hinnehmen, was einem geschah, man konnte schreien, aber man konnte nichts ändern. Immer nur ein „Vielleicht" — das war das einzige, was einem blieb. Aber auf die Dauer konnte ich nicht bitter über das Leben denken. Wenn man älter wäre, hätte man es darin sicherlich leichter. Ich war oft müde wie ein Alter und oft setzte ich ein unglaubliches Vertrauen in die Zukunft.

Ich wartete auf irgend etwas, das auf mich zukommen würde, auf eine Aenderung, auf ein Ereignis, auf eine Begegnung. Und wirklich lernte ich einige Wochen später Minka kennen.

Die Begegnung

Der Tischlermeister, bei dem ich arbeitete, kündigte mir; es gab keine Arbeit mehr bei ihm, die er nicht gut allein bewältigt hätte. Aber er empfahl mich weiter. So kam ich zu Minkas Vater.

Der machte die Tischlerarbeiten für das Theater, das die Stadt unterhielt. Wir lieferten hölzerne Rahmen, die dann mit bemalter Leinwand bespannt wurden, wir machten Podeste und kleine Treppen, wir hatten bei jedem neuen Stück zu tun. Es machte mir Spaß, daß ich nun öfters in das Theatergebäude kam, wo ein besonderes Klima war, das mich verwirrte, und der Betrieb nicht mechanisch vor sich ging, sondern vieles improvisiert werden mußte.

Einmal schaute ich den Schauspielern bei einer Probe zu. Als ich wieder zur Werkstatt zurückging, sah ich vor mir ein Mädchen die Straße hinuntergehen. Es war gegen Mittag, die Sonne schien. Die Haare des Mädchens glänzten. (Es trug keinen Hut, nur einen Mantel). Ich ärgerte mich, weil ich sein Gesicht nicht sehen konnte. Das Mädchen ging schnell und sehr leicht.

Als es vor unserer Werkstatt angekommen war, ging es hinein. Bald war ich auch angelangt. Drinnen sprach der Tischlermeister mit dem Mädchen. Als ich eintrat, sagte er, ich sei die neue Aushilfe. Ich erfuhr, das Mädchen sei seine Tochter. Ich machte mir an der Hobelbank zu tun. Sie ging hinaus.

Sie hieß Minka. Ich suchte nach einer Gelegenheit, um mit ihr zu sprechen. Aber immer kam etwas dazwischen.

Am Sonntag traf ich sie auf dem Platz vor dem Bahnhof.

„Guten Morgen", sagte ich. „Wollen Sie verreisen?"

„Nein", antwortete sie. „Ich bin gerade vier Wochen weg gewesen."

„War die Reise schön?" fragte ich.

„Ich habe eine kranke Freundin besucht", sagte sie.

Ich wußte nicht: sollte ich nun noch länger mit ihr sprechen oder sollte ich weitergehen? Ich sah das klare helle Blau in ihren Augen. Wir schauten uns an.

„Arbeiten Sie gerne bei uns?" fragte sie.

„Es ist sehr interessant", antwortete ich. „Ich sehe zum ersten Male im Theater hinter die Bühne."

Ich ward ungeduldig. Wir konnten nicht einfach die ganze Zeit auf dem Platz stehen bleiben. Ich sah sie wieder an. Sie sah mich an. Ich wagte nicht, sie um eine Verabredung zu bitten. Aber ich hatte große Lust, mit ihr verabredet zu sein. Noch für diesen Abend. Ich wollte dahinterkommen: was mit ihr los war. Und mit mir.

„Gehen Sie manchmal ins Kino?" fragte ich wieder.

„Ab und zu", sagte sie. „Aber man wird oft angesprochen und angestoßen, wenn man allein ist. Ich gehe lieber mit einer Freundin. Zu zweit ist man sicherer."

Ich schaute sie an, während sie sprach. Ich sah nur ihr Gesicht. Das Haar verdeckte ein Hut.

„Ich möchte mit Ihnen irgendwo sitzen und mich länger mit Ihnen unterhalten", sagte ich. Sie nahm dieses Wort nicht übel auf. Aber sie erkundigte sich auch nicht etwa gleich: wann und wo? Sie fragte nur: „Finden Sie etwas an mir?"

„Ich möchte Sie wiedersehen", sagte ich. „Ich bin sehr froh, daß ich Sie einmal getroffen habe."

„Sind Sie allein?" fragte sie.

„Nicht sehr", antwortete ich ihr. Ich wußte nicht, was ich damit sagen wollte, aber ich konnte nichts anderes antworten.

„Ich gehe heute Abend ins Kino", sagte ich. „Gehen Sie auch?"

„Ich weiß noch nicht, ob ich hingehen kann", sagte sie rasch.

Ich verabschiedete mich. „Auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen!" sagte sie.

Ich eilte über den Platz und die Straße hinauf. Nachher fragte ich mich eine ganze Weile, ob sie mir nachgeblickt habe. Ich schalt mich, daß ich mich nicht einmal flüchtig umgesehen hatte. Ich war sehr verwirrt, sehr unzufrieden mit mir, und zugleich fühlte ich mich sehr gesund.

Am Abend traf ich Minka im Kino. Sie war allein. Ich begleitete sie nach Hause. Wir verabredeten uns für Freitagabend.

Am Freitag trafen wir uns draußen hinter dem Bahndamm. Es war kalt. Den ganzen Tag hatte es geregnet. Ein feuchter Wind trieb über das Land. Wir gingen einen Feldweg bis zum ersten Gehöft vor der Stadt. Dann gingen wir wieder zurück.

Ehe wir wieder in die Chaussee einbogen, streichelte ich sie. Wir küßten uns. Bis zu den ersten Häusern sprachen wir kein Wort.

Külb: Der politische Kant

Am 2. Februar 1932 trat in Genf die größte aller Weltkonferenzen, beschickt von den Vertretern von 64 Staaten, die Abrüstungskonferenz zusammen, und die Eröffnungsworte des Präsidenten Henderson wurden von den Rundfunksendern über den ganzen Erdball getragen: die Welt will den Frieden — die Welt braucht den Frieden!

Der erste Tagungsabschnitt eben dieser Konferenz brauchte ein halbes Jahr, um zu einer — im Hinblick auf die Größe des Objekts — unwesentlichen Entschließung zu kommen. Und diese Entschließung wiederum war das Ergebnis monatelanger Debatten, turmhoch aufgeschichteter Akten, bändedicker Denkschriften.

Wieviel zeitgemäßer mutet uns angesichts dieses riesigen Apparates die schlichte Schrift an, die der Königsberger Philosoph zu Michaelis 1795, also vor 137 Jahren erscheinen ließ: „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf"; allerdings, ein philosophischer Entwurf! Und hier scheiden sich bei der gerechten Beurteilung auch der heutigen Situation die Geister: es ist etwas anderes um die Theorie und etwas anderes um die Praxis. . . . Erscheint es nicht als ein weltgeschichtlich ganz normaler Verlauf, daß zwischen der Theorie und der Praxis eben dieses Entwurfes zu einem ewigen Frieden rund einundeinhalbes Jahrhundert dazwischen liegen? Und ist angesichts dieses Tatbestandes nicht auch die Abrüstungskonferenz 1932 ein wesentliches Stück Entwicklung ja, Fortschritt?

Kant ist sich dieser seiner Theorie bewußt: „allein in einer Theorie, welche auf dem Pflichtbegriff gegründet ist, fällt die Besorgnis wegen der leeren Idealität ganz weg". In der Schrift „Theorie und Praxis", die in den achtziger Jahren erschien, kommt er — gleich Lessing — zu der Erkenntnis, daß ein Fortschritt der Menschheit im ganzen sehr wohl stattfindet, daß unter Mitwirkung der Natur, die ja der Vernunft ihre Gesetze vorschreibt, das Soll allmählich oder ständig über das Ist den Sieg davonträgt: so folgt denn der Friedenszustand aus einer weltbürgerlichen Verfassung und muß, wie jene, gestiftet werden. . . .

Der Baseler Friede war am 5. April 1795 zwischen Preußen und der französischen Republik geschlossen worden und machte den Wirren der französischen Revolution ein Ende. Am 13. August legte Kant seine kleine Schrift zum Druck vor, zu Michaelis erschien sie, und in der zweiten Auflage erhielt sie ihre eigentliche philosophische Untermauerung in dem ersten Zusatz.

Kants Schrift war, zwar Theorie, aus der damaligen Praxis entstanden, und sie war alles andere als eine philosophische Träumerei; dennoch hat sie an Bedeutung mit den Jahrzehnten, ja, mit den Jahrhunderten zugenommen und scheint erst heute in ihrem großen Ernst ganz gegenwärtig zu sein.

Wie sollte nicht auch der schärfste Denker jenes großen Jahrhunderts gleich dem erhabensten Dichter, der in seinem Faust eine Inflation größten Stiles beschreibt — „Man honoriert daselbst ein jedes Blatt durch Gold und Silber, freilich mit Rabatt" —, einem späteren Jahrhundert seine Gedanken vorwegnehmen, und ist es ein Zufall, daß auch der dritte in diesem Seherbunde, Herder, heute zu neuem Leben erwacht ist: der politische Herder?! „Der politische Kant." Ueber den Gedanken des Völkerbundes kommt er, dem Zwange der Wirtschaftskrise folgend („Es ist der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann"), zur Forderung der Vernunft: die Welt will den Frieden —, und zur Forderung der Pflicht: die Welt braucht den Frieden, d. h. den ewigen Frieden!

Wo aber, und nun tritt der politische Kant vor das Mikrophon des Tages: wo ist der Zustand des Friedens am ehesten garantiert?

„Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.

In einer Verfassung . . ., die nicht republikanisch ist, . . . ist es die unbedenklichste Sache von der Welt (Krieg zu führen), weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u. dgl. durch den Krieg nicht das mindeste einbüßt.

Nun ist die republikanische Verfassung die einzige, welche dem Recht der Menschen vollkommen angemessen, aber auch die schwerste zu stiften, vielmehr noch zu erhalten ist, dermaßen, daß viele behaupten, es müsse ein Staat von Engeln sein, weil Menschen mit ihren selbstsüchtigen Neigungen einer Verfassung von so sublimer Form nicht fähig wären.

Es hat aber die republikanische Verfassung außer der Lauterkeit ihres Ursprungs, aus dem reinen Quell des Rechtsbegriffs entsprungen zu sein, noch die Aussicht in die gewünschte Folge, nämlich den ewigen Frieden."